

Zwölfte Sitzung – Douzième séance

Mittwoch, 21. März 1990, Vormittag
Mercredi 21 mars 1990, matin

08.30 h

Vorsitz – Présidence: M. Ruffly

86.030

Konsumenteninformation und Vertragsrecht. Bundesgesetze Information des consommateurs et droit contractuel. Lois

Botschaft und Gesetzentwürfe vom 7. Mai 1986 (BBl II, 354)
Message et projets de loi du 7 mai 1986 (FF II, 360)

Beschluss des Ständerates vom 8. Oktober 1987
Décision du Conseil des Etats du 8 octobre 1987

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Neukomm, Berichterstatter: Der Verfassungsartikel über die Konsumentenpolitik des Bundes, dem die Schweizer Stimmberechtigten am 14. Juni 1981 mit 860 000 Ja gegen 450 000 Nein zustimmten, war das Ergebnis einer fast zwanzigjährigen Diskussion.

Bundesrat Hans Schaffner hatte sich in der Dezembersession 1963 zu drei konsumentenpolitischen Vorstössen zu äussern. Der damalige Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes hielt am Schluss seiner Ausführungen fest, wie sehr er mit den Parlamentariern übereinstimme, dass zum wirksameren Schutze und zur besseren Information der Verbraucher wesentlich mehr getan werden müsse.

Auch auf internationaler Ebene kam einiges in Bewegung. Der amerikanische Präsident John F. Kennedy verkündete am 15. März 1962 eine Botschaft an den Kongress, eine Art Charta für Verbraucherrechte. Die vier Grundrechte sind noch heute aktuell: das Recht des Konsumenten auf Sicherheit, das Recht des Konsumenten auf Information, auf freie Konsumwahl, und das Recht, in Kommissionen und bei der Ausgestaltung von Gesetzen gehört zu werden.

Die Zusammenarbeit der Konsumentenorganisationen über die Landesgrenzen hinaus begann schon 1960 mit der Gründung der International Organization of Consumers Union (IOCU) mit Sitz in Den Haag.

Bei der Europäischen Gemeinschaft (EG) wurde 1962 ein Europäisches Büro für Konsumentenfragen eingerichtet.

In der Schweiz setzte der Bundesrat Ende 1963 eine 29köpfige Studienkommission für Konsumentenfragen ein, zusammengesetzt aus Wissenschaftlern, Wirtschafts- und Konsumentenvertretern.

Diese Studienkommission hielt in ihrem Schlussbericht vom Dezember 1964 fest, dass die starke Zunahme der Reklame und anderer Mittel der unternehmerischen Absatzpolitik nach einer Stärkung der Konsumentenposition rufe. Der Bericht wies vor 16 Jahren auf die notwendige Gesetzgebung hin. Die geltende Gesetzgebung biete dem Staat nicht jene Handhaben, über die er verfügen sollte, um ein Funktionieren der Marktwirtschaft unter Wahrung des Konsumentenwohls durchzusetzen.

Der Konsumentenschutzartikel 31sexies, für den die Konsumentenorganisationen und Politiker während Jahren vehement und hartnäckig gekämpft und gefochten haben, schreibt in Absatz 1 vor: «Der Bund trifft unter Wahrung der allgemeinen Interessen der schweizerischen Gesamtwirtschaft und der Handels- und Gewerbefreiheit Massnahmen zum Schutze der Konsumenten.»

Die Generalkompetenz entspricht dem Charakter unseres offenen Verfassungsrechts. Bei der Ausführung des Gesetzgebungsauftrages kann es nicht darum gehen, das bestehende Recht, das bereits mit Konsumentenbelangen zu tun hat – die Gesetzgebung über Lebensmittel, Mass und Gewichte, Giftgesetz usw. –, in einem einzigen Erlass zu kodifizieren. Es gilt, längst erkannte Lücken zu schliessen. Der Verfassungsartikel gibt einen klaren Auftrag.

Der Bundesrat hat mit seiner Botschaft vom 7. Mai 1986 dem Parlament eine ausgewogene Vorlage unterbreitet, die einen bemerkenswerten Konsens-Charakter aufweist.

Ich möchte dem Bundesrat und ganz besonders Herrn Bundesrat Delamuraz und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken.

Der Ständerat hat das Geschäft am 7. Oktober 1987 behandelt. In der Vorlage A, im Bundesgesetz über die Förderung der Konsumenteninformation, stehen die produktbegleitenden Deklarationen und die Finanzhilfe an die objektive Tätigkeit der Konsumentenorganisationen im Vordergrund. Umstritten, sogar sehr umstritten, waren die Deklarationen von Dienstleistungen. Nur mit Stichentscheid des Kommissionspräsidenten blieben sie schliesslich vorläufig im Gesetzesentwurf enthalten.

Ueber die Subventionsbedingungen kann auf das Testwesen Einfluss genommen werden. Im Text der nationalrätlichen Kommission wird klar und eindeutig verlangt, dass die Tests nach wissenschaftlichen Prinzipien durchzuführen sind und die Konsumentenorganisationen eine technisch einwandfreie Fachkunde und neutrale Durchführung der Tests sicherzustellen haben. Vor der Publikation der Tests ist den Anbietern Gelegenheit zu bieten, eine Stellungnahme zu den Resultaten abzugeben.

Produktion und Handel haben in den Vernehmlassungsverfahren und ganz besonders auch in den Hearings grosses Gewicht auf diesen Punkt gelegt. Wir haben dies eindeutig feststellen können.

Auch der Bundesrat sah schon eine solche Klausel vor.

Der Ständerat wollte wesentlich weiter gehen und beabsichtigte in seiner Fassung vom Oktober 1987 eine eigentliche Zensur. Der Wortlaut, und nicht nur die Zahlen, seien vor der Veröffentlichung den Anbietern vorzulegen.

Die nationalrätliche Kommission kam beim Schicksalsartikel, eben bei dieser Finanzhilfe an die Durchführung vergleichender Tests, zu einer grundlegend neuen Konzeption, geradezu zu einer salomonischen Lösung. Eine Art Generalklausel legt nun die Grundsätze fest. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten in einem speziellen Erlass. Der Vorteil ist offensichtlich. Der Bundesrat kann nachher rasch und unkompliziert auf Erfahrungen und Entwicklungen der Praxis eingehen. Die Flexibilität dient der Sache.

Der nun allgemein gehaltene Artikel 6 über die Subventionsbedingungen fand in der Kommission breite Zustimmung, nachdem sich die Mitglieder bereits mit einer Skizze zu einer Ausführungsverordnung hatten vertraut machen können. Mit dem neuen Bundesgesetz wird auch festgelegt, dass Waren und gewisse Dienstleistungen künftig nur noch mit vergleichbaren Deklarationen anzubieten sind.

In der nationalrätlichen Kommission wurde vor allem über die Dienstleistungen diskutiert. Ich halte fest, dass die Dienstleistungen einen immer wichtigeren Stellenwert erhalten haben und einen zunehmend grösseren Anteil im Budget jeder Familie bilden. Der Konsument soll vermehrt bei Waren und Dienstleistungen vor dem Kauf Vergleiche anstellen können. Die Deklarationen haben also, wie die Tests, eine äusserst wichtige Funktion für die Verbesserung des Leistungswettbewerbs, der Markttransparenz und der objektiven Information des Konsumenten.

vatrechtlicher Vereinbarungen zwischen Konsumentenorganisationen und Branchenverbänden zustande kommen. Die Ausgestaltung ist also vorerst der freien Uebereinkunft überlassen. Nur wenn es zu keiner Uebereinkunft kommt oder die privaten Vereinbarungen nicht eingehalten werden – es kann sich dabei um Verbandsmitglieder oder Aussenseiter handeln –, ist subsidiär eine Lösung auf dem Verordnungsweg vorgesehen. Dieser Weg entspricht zweifellos schweizerischer Tradition, ist vernünftig und dient den leistungsfähigen Anbietern und auch den Konsumentenorganisationen.

Noch eine Bemerkung zu den Bundesbeiträgen: Seit 1970 erhalten die Konsumentenorganisationen in der Schweiz für die objektive Information über Budgetbeschlüsse eine beschiedene Finanzhilfe. 1970 waren es insgesamt 100 000 Franken, 1990 400 000 Franken. Diese Subventionen sollen jetzt mit der einwandfreien Gesetzesgrundlage angemessen erhöht werden. Schon die Studienkommission für Konsumentenfragen hielt in ihrem Schlussbericht Ende 1964 – also vor 26 Jahren – fest, dass eigentlich ein Betrag von 1,5 Millionen Franken für das Testwesen in der Schweiz angebracht wäre. Wenn wir die Geldentwertung aufrechnen, kommen wir heute auf einen Betrag von etwa 4 Millionen Franken. Das wäre nicht übertrieben und entspräche immer noch erst einem Promille der jährlichen Werbeausgaben in der Schweiz. Die Werbeausgaben machen etwa 4,5 Milliarden Franken aus.

Die Tätigkeit der Konsumentenorganisationen lag schon bisher im Interesse der gesamten Volkswirtschaft. Ihre Bedeutung wird in den nächsten Jahren noch zunehmen, wenn wir allein an den europäischen Markt denken, der uns vor neue Herausforderungen stellt.

Die nationalrätliche Kommission stimmte in der Gesamtabstimmung dem Konsumenteninformationsgesetz – also der Vorlage A – mit 11 zu 5 Stimmen zu.

Zur Vorlage B: Der Ständerat hat es am 8. Oktober 1987 mit 23 zu 17 Stimmen abgelehnt, auf diese Gesetzesvorlage einzutreten, bei der es sich um Änderungen im Obligationenrecht handelt. Ich stelle mit Genugtuung fest, dass die nationalrätliche Kommission auf die für den Konsumenten überfälligen Bestimmungen mit 14 zu 6 Stimmen eingetreten ist.

Eine klare Regelung ist für die Zusendung unbestellter Waren vorgesehen. Andererseits soll endlich die siebentägige Bedenkfrist für Verträge verankert werden, die nicht in normalen, ständigen Verkaufslokalitäten getätigt werden.

In der Alltagspraxis gibt es immer wieder Fälle von überrumpelten Konsumenten, die bei redegewandten Vertretern an der Haustüre oder bei Werbefahrten Verträge abschliessen – beispielsweise für Kassenschränke, Rheumadecken, Badezusätze, Lexika usw. –, die sehr oft grosse finanzielle Belastungen verursachen. Ich denke an ältere, aber auch an einkommensschwächere Personen, die während längerer Zeit daran schwer zu tragen haben. Im Abstimmungsbüchlein zum Konsumentenschutzartikel in der Bundesverfassung, das die Stimmbürger erhielten, wurde 1981 darauf hingewiesen: «Aber auch verlockende Angebote und ungewöhnliche Werbe- und Verkaufsmethoden verleiten manchen zu unüberlegten Käufen und übereilten Vertragsabschlüssen. Daraus erklärt sich denn auch die Idee des Konsumentenschutzes.»

Bei der Formulierung des Verfassungsartikels vor vielen Jahren wurde also an das Widerrufsrecht unter gewissen eingrenzenden Umständen gedacht. Das Widerrufsrecht hat präventive Wirkung. Seriöse Firmen haben davon nichts zu befürchten, haben keine Nachteile zu erwarten. Im Gegenteil, sie sind an zufriedenen Kunden interessiert. In verschiedenen Ländern bestehen bereits solche Widerrufsrechte.

Die nationalrätliche Kommission lehnt sich an die EG-Richtlinie an. In der Gesamtabstimmung wurde der Gesetzesentwurf B mit 8 zu 4 Stimmen angenommen.

Ich fasse zusammen: Die Fortschritte in der Konsumentenpolitik müssen erdauert werden. Für jede kleine Verbesserung braucht es viel Zeit, vor allem aber auch Zähigkeit und Unermüdlichkeit, um überfällige Konsumentenangelegenheiten zu realisieren. Ich denke an die Lebensmittelgesetzgebung, an das Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb, Kartellrecht usw. Die vorliegende Gesetzesvorlage hat eine fast 20-jährige Ge-

M. Pidoux, rapporteur: En juin 1981, le peuple et les cantons ont adopté l'article 31sexies de la constitution visant la protection des consommateurs, dont je vous cite le premier alinéa: «La Confédération prend des mesures pour protéger les consommateurs tout en sauvegardant les intérêts généraux de l'économie nationale et en respectant le principe de la liberté du commerce et de l'industrie».

En exécution de cet article constitutionnel, le Conseil fédéral nous soumet deux projets de loi, l'un sur l'information des consommateurs, l'autre sur une modification du Code des obligations. A cette occasion, le gouvernement estime judicieux de combler des lacunes qui existent dans le droit concernant la protection des consommateurs, en réglant leur information, le soutien financier des organisations de consommateurs et de consommateurs, et quelques problèmes de détail.

Si certains s'opposent maintenant à légiférer en la matière, soutenant que la liberté commerciale ne nécessite pas de telles normes, ils le font à retardement puisque, aujourd'hui, nous ne faisons que suivre les instructions du souverain, vieilles de dix ans.

Abordons d'abord la loi sur l'information des consommateurs. Dans le droit actuel, il existe déjà une vingtaine de dispositions concernant l'information des consommateurs. La loi la plus ancienne, datant de 1905, est celle sur les denrées alimentaires, qui vise à la protection de la santé. Elle fournit des indications aux consommateurs, de même que la loi sur les toxiques, de 1969. On peut citer aussi la loi sur les ventes par acomptes et par paiements préalables, de 1962, qui doit protéger la partie la plus faible au contrat.

La meilleure protection des consommateurs vient de la diversité de l'offre. Il ne s'agit pas de les mater, mais de les mettre en état de connaissance, leur permettant ainsi d'assumer leur poids et leur choix. L'idée forte de la loi qui vous est soumise est de permettre aux consommateurs de comparer les offres qui seront explicitées par des déclarations comparables. En d'autres termes, la loi tend à améliorer le fonctionnement du marché, mettant le consommateur, c'est-à-dire la partie la plus faible au contrat, en état de choisir.

Un des moyens principaux de cette loi est la déclaration qui devra accompagner toutes les marchandises et certains services dans leur offre sur le marché. La déclaration elle-même fera l'objet d'une convention de droit privé entre les organisations de la partie offrande, d'un côté, et les consommateurs, de l'autre. L'exemple classique que l'on peut citer est celui de l'étiquette des textiles. Dans le secteur privé, on s'est mis d'accord afin que l'étiquette indique la composition du tissu, sa provenance et son traitement.

Etant donné que la déclaration est d'abord fixée par convention, l'Etat n'interviendra que subsidiairement. C'est seulement en cas d'échec conventionnel que l'autorité établira des prescriptions. La Confédération ne se mêlera des déclarations que dans des cas d'urgence, si aucune entente n'est intervenue en temps utile ou si les termes de l'entente ne sont pas respectés. Par conséquent, la législation que nous proposons est conforme aux règles du marché.

Un autre point principal du projet concerne le soutien financier aux activités des organisations de consommateurs. La Confédération crée enfin la base légale pour les subventions attribuées à ces organisations depuis les années septante. On a versé de l'argent sans loi, on paiera sur une base légale. L'exécution des tests comparatifs est devenue une des activités centrales des organisations de consommateurs, et ces tests sont un élément important de l'information. Ils doivent donc être effectués de manière comparable et sérieuse, d'où la raison de l'intervention financière de la Confédération. En soutenant financièrement et en posant des conditions au subventionnement, il est possible d'influencer ces tests. Ceux qui demandent le soutien financier de l'Etat devront se plier à ces conditions. Ce projet se fonde sur l'idée d'un consommateur adulte. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral nous soumet, comme pièce de résistance, une loi qui vise à améliorer l'information des consommateurs. On est parti de l'idée que le consommateur bien informé est en mesure de se protéger lui-même. Il peut tirer des conclusions justes et prendre

veut donc pas d'un consommateur materné par la Confédération.

La commission s'est longuement penchée sur la question de savoir si les services devaient être inclus dans l'obligation de déclaration. Je vous expliquerai dans le détail, lorsque nous en arriverons à cette question, pourquoi la décision n'a été prise qu'à une voix de majorité, celle du président. La majorité de la commission était pour la version initiale du Conseil fédéral. L'exemple de l'information donnée dans le domaine des services et que l'on peut suivre est celui de l'hôtellerie, où l'on a coté la qualité des hôtels par des étoiles, des toques et des croix.

Le projet initial enrichi des conditions de subventionnement avait été modifié par le Conseil des Etats. Notre commission a voulu réduire le texte à l'essentiel, à la suite d'une demande de M. Grassi. Elle s'est adressée à l'administration pour que soit redessinée une solution sous la forme d'une clause générale. Vous trouverez le résultat de nos travaux sur ce point important à l'article 6.

Enfin, une des questions qui a attiré notre attention était de savoir si nous devons suivre la volonté du Conseil des Etats soit que la Commission fédérale de la consommation devait être paritaire. Notre commission a jugé préférable de suivre le Conseil fédéral, de lui laisser la liberté de trouver un bon équilibre dans la composition de la commission. Nous reparlerons donc aussi de la question du soutien financier aux organisations de consommation dans la discussion de détail.

Tels étaient les points importants du premier volet qui nous est soumis.

Le Conseil fédéral propose aussi une modification du Code des obligations dans la seconde loi qu'il nous soumet. Il s'agit d'abord d'un nouvel article 6a du code, réglant les droits et les devoirs du destinataire d'une chose non commandée. Le Conseil fédéral propose une règle simple et claire qui mettra fin aux ambiguïtés juridiques. Sur ce point, le Conseil des Etats n'est pas entré en matière, ni sur aucune modification du Code des obligations. Il est vrai qu'il existe déjà des dispositions générales qui protègent la partie la plus faible dans le contrat, qui sanctionnent la liberté non librement exprimée ainsi que des dispositions de la loi sur la concurrence déloyale. Mais ne serait-ce que pour la question de l'envoi de choses non commandées, il nous a paru important de suivre le Conseil fédéral. L'essentiel des modifications du Code des obligations est lié au droit de révocation qu'on accorderait au consommateur qui a conclu un contrat sans mûre réflexion, sous l'effet de surprise ou par l'utilisation de moyens illégaux. On vise essentiellement le démarchage à domicile et les personnes qui sont agressivement sollicitées. Ce droit de révocation a été fort discuté dans notre commission ainsi qu'au Conseil des Etats, puisque ce dernier a refusé d'entrer en matière. Dans ce domaine, nous pouvons remercier l'administration qui nous a proposé une nouvelle version, différente du texte paru dans le message, avec un champ d'application beaucoup plus restreint et qui s'inspire principalement sur les directives correspondantes de la Communauté européenne.

En comparaison avec le projet initial, la deuxième version a éliminé le droit de révocation, les contrats où le fournisseur avait sollicité l'acquéreur par téléphone ainsi que tous les contrats d'assurance. Dans la deuxième version, on prévoit des exceptions au droit de révocation, si les négociations ont eu lieu dans le cadre d'un rapport contractuel préexistant ou si, à plusieurs reprises, l'acquéreur a acquis du fournisseur des articles du même genre. Là nous avons un exemple intéressant d'une législation suisse qui serait sur la même longueur d'onde que celle du Marché commun.

En conclusion, nous vous invitons à entrer en matière sur les deux projets de loi, sur la loi ayant trait à l'information des consommateurs qui n'a que quatorze articles - si nous pouvions faire toutes les lois avec quatorze articles! c'est un format de poche qui détermine seulement un certain nombre de conditions - ainsi que sur la deuxième loi relative aux deux modifications du Code des obligations.

D'une manière générale, on peut dire que la législation met

tenu, elle se contente de poser certaines règles sans interventionnisme excessif, elle vise à faire fonctionner le marché libéral, en mettant l'accent sur la responsabilité des parties. Mais on sait que la responsabilité des gens est le prix de la liberté.

Le président: Je rappelle que le débat d'entrée en matière est réservé aux porte-parole des groupes et qu'il porte, à la fois, sur le projet A et sur le projet B.

Basler: Dieses neue Bundesgesetz erhält in unserer Fraktion Gegenwind, zum einen wegen der Regelungsdichte. Die Zeit ruft eher nach Deregulierung denn nach neuen Gesetzen. Dass es dabei gelegentlich ohne ein neues Gesetzeswerk geht, fand auch unser Parlament, indem es auf das Konsumkreditgesetz verzichtet hatte. Zum anderen erinnert man sich an die Schäden für Anbieter, deren Produkte unfair oder diletantisch durchgeführten Tests unterzogen worden sind.

Die Stärke des Gegenwinds hat nun abgenommen. Gesetz und Botschaft haben einen anderen Geist als im letzten Jahrzehnt. Noch der 1981 gutgeheissene Verfassungsartikel lief unter der Bezeichnung «Konsumentenschutzartikel». Dieses Ausführungsgesetz heisst richtigerweise «Konsumenteninformationsgesetz», und das ist es, was wir brauchen können. In unserer hochtechnisierten Welt brauchen wir Kenntnis über Umwelt und energiebezogene Daten, um durch eigenverantwortliches Handeln für die Umwelt verträglicher zu werden.

Da streiten wir uns um die Aufnahme eines Energieartikels in der Bundesverfassung, lassen es aber zu, dass Wohnungen mit Waschmaschinen ausgerüstet werden, von denen nur die maximale Anschlussleistung angegeben wird, statt auszufragen, wie viele Kilowatt-Stunden bei welchem Waschprogramm benötigt werden.

Wer sich Energiespargedanken über einen neuen Backofen machen will, der liest auf seitenlangen Anleitungen vieles über Kontrollampen, Grillmotor, Schubladenbeheizung, elektronische Zeitschaltung und Heissluftbetrieb, aber den Energieverbrauch bei einem normierten Testzyklus sucht er vergeblich. Diese Daten zu fordern und zu liefern ist Aufgabe der Konsumentenorganisationen. So könnten neue, besonders umweltverträgliche Produkte den Durchbruch auf dem Markt schaffen. Insgesamt würde vielleicht über Marktkräfte mehr erreicht als über Elektrizitätswirtschaftsgesetze, die zwar die grössten Energieverschwender vom Markt fernhalten können, aber noch keine Innovation fördern.

Bei diesen Beispielen kann man sich fragen, ob nicht der Energienutzungsbeschluss, den wir in der ausserordentlichen Februarsession als Erstrat behandelt haben, die Lösung brächte. Allgemein stellt sich die Frage, ob diese Vorlage aus dem Jahre 1986 noch zeitgemäss sei, nachdem der EWR an Bedeutung zunimmt, ob daher nicht die Richtlinien des einheitlichen europäischen Marktes abzuwarten wären. Beide, die Richtlinien wie der Energienutzungsbeschluss, sind noch nicht greifbar. Zudem ist die nun vorliegende Gesetzgebung die sanftere. Sie basiert auf Hilfe zur Selbsthilfe. Daher verdient sie unsere Unterstützung und eine rasche Verabschiedung.

Bezüglich Aenderung des Vertragsrechtes (Teil B der Vorlage) gehen die Meinungen in unserer Fraktion auseinander. Zwar ist man auch einhellig der Meinung, der Empfänger einer unbestellten Ware solle weder zur Bezahlung noch zur Aufbewahrung und auch nicht zu deren Rücksendung verpflichtet werden. Aber ein Widerrufsrecht für Haustürgeschäfte lehne ich - mit anderen Parlamentariern - ab. Denn zu vernünftigerem Handeln gehört auch überlegtes Entscheiden. Man kann nicht den Bürger für mündig erklären, ihn an der Urne so schwierige Entscheide treffen lassen wie «Kernenergie - ja oder nein» und ihm gleich wieder zugestehen, dass er mit seiner Vertragsunterschrift zu Hause überfordert sei.

Natürlich bereut man gelegentlich eine Entscheidung. Aus Fehlentscheiden lernt man auch. Sicher gilt beim einen oder anderen Umgang die Feststellung: «Nach der Tat hält der Schweizer Rat. Aber die Folgen sind doch auch nicht die

zweite Gemeindeversammlung ansetzt, um festzustellen, ob der Bürger wirklich gewollt hat, wofür er gestimmt hat. Einige von uns werden daher dem Beschluss B nicht zustimmen. Die Zustimmung zum Beschluss A hängt davon ab, ob die Dienstleistungsdeklaration eliminiert werden kann. Denn der Vergleichbarkeit von Dienstleistungen sind Grenzen gesetzt.

M. Petitpierre: Le groupe radical a décidé d'entrer en matière sur les deux lois et, pour l'essentiel, de suivre les décisions de la majorité de la commission. La protection des consommateurs est réglée, on le sait, depuis juin 1981 par un article de la Constitution fédérale qui donne à la Confédération le mandat «de prendre des mesures pour protéger les consommateurs tout en sauvegardant les intérêts généraux de l'économie nationale et en respectant le principe de la liberté du commerce et de l'industrie».

Les deux projets que nous traitons ce matin ont la particularité de combiner plutôt que d'opposer les valeurs énoncées et mises en équilibre par l'article constitutionnel que je viens de citer. Dans un système fondé sur la concurrence et sur l'autonomie de la volonté des partenaires ayant conclu un contrat portant sur la livraison d'un bien ou la prestation d'un service, il est conforme à la philosophie générale de veiller à ce que la volonté soit librement formée et fondée sur une information suffisante de part et d'autre. Il est conforme aussi à cette philosophie que ce soient les partenaires eux-mêmes et leurs organisations qui assurent cette information avec l'aide, si nécessaire, de la Confédération plutôt que l'Etat par le biais d'une législation détaillée et de l'activité des services de l'administration. Il reste enfin qu'une bonne information des consommateurs renforce par contre coup la loyauté de la concurrence et qu'elle protège ainsi les distributeurs loyaux contre les abus de leurs concurrents peu scrupuleux.

Ce qui vaut pour l'information, qui est l'objet principal de la loi A, vaut aussi pour la loi B qui est centrée sur la libre formation de la volonté contractuelle. Le principe des engagements contractuels – sur ce point, je m'oppose à l'orateur précédent – trouve déjà dans le droit actuel ses limites quand la volonté est viciée dans sa formation ou dans son expression. Les articles 40a et suivants proposés dans la loi B ne font que concrétiser l'application de cette idée dans une circonstance particulière.

A ces raisons de principe d'entrer en matière, s'ajoutent le devoir du législateur de respecter la constitution et le souci de tenir compte de ce qui se fait dans les pays comparables au nôtre.

Dans le détail, notre groupe souhaite également que les services soient soumis, comme cela est prévu dans la loi A à l'article 2, à la déclaration permettant la comparaison et ceci pour trois raisons essentielles que je n'aurai pas besoin de reprendre plus tard. Premièrement, l'article constitutionnel ne distingue pas entre les biens et les services: je ne vois pas comment la loi appliquant cet article pourrait le faire. Deuxièmement, la Communauté européenne inclut les services dans sa directive et nous avons le souci de voir ce qui se fait autour de nous en Europe. Troisièmement, les difficultés propres à certains services seront surmontées parce que le Conseil fédéral éliminera, comme l'article 2, alinéa premier, lettre a de la première loi lui en donne la faculté, tous les services qui ne se prêtent pas à la déclaration.

Pour la loi B, le groupe radical souscrit à l'élimination du contrat d'assurance du champ d'application de la loi, dans l'idée que, pour l'assurance-vie, la résiliation est déjà possible dès la fin de la première année de la durée du contrat et que, pour les autres assurances, le droit de révocation présente en tout cas autant d'inconvénients que d'avantages en raison de problèmes de technique juridique.

Le groupe radical vous propose d'entrer en matière sur les deux lois, de repousser toute proposition qui irait dans le sens contraire et, dans le détail, de suivre la majorité de la commission.

Wiederkehr: Mit der Annahme von Artikel 31sexies BV durch Volk und Stände im Jahre 1981 haben Konsumenten und Or-

Partner im schweizerischen Wirtschaftsgeschehen erhalten. Basierend auf Absatz 2 wurde den Konsumentenorganisationen das Klagerecht im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb zugestanden. Aufgrund von Absatz 3 beauftragte der Bund die Kantone, Schlichtungsstellen oder einfache Prozessverfahren für Streitigkeiten zwischen Anbieter und Letztverbraucher einzuführen. Dem sind die Kantone allerdings nur widerwillig und zögernd nachgekommen.

Offen ist jetzt noch die Umsetzung von Absatz 1 dieses Artikels 31sexies, in dem es heisst: «Der Bund trifft unter Wahrung der allgemeinen Interessen der schweizerischen Gesamtwirtschaft und der Handels- und Gewerbefreiheit Massnahmen zum Schutze der Konsumenten.» Dieser Auftrag ist klar. Ich zitiere ihn, weil ich der Meinung bin, dass der Ständerat diesen Satz falsch gelesen hat. Er hat offensichtlich ein «zur» gelesen: «Der Bund trifft zur Wahrung der allgemeinen Interessen der schweizerischen Gesamtwirtschaft und der Handels- und Gewerbefreiheit Massnahmen zum Schutze der Konsumenten.»

Glücklicherweise hat der Nationalrat das geändert. Heute ist es so, dass ein guter Vorschlag vorhanden ist, der der Konsumenteninformation dient und nicht den Konsumenten rund um die Uhr einfach unbesehen schützen will. Die Fassung der Kommissionsmehrheit stärkt die Konsumentenorganisationen und ist geeignet, die unabhängige Konsumenteninformation zu fördern. Nach dem politischen Vokabular heisst «Förderung» immer Geld. Bei der Vollzugsverordnung ist darauf zu achten, dass diese Bundesmittel, die – verglichen mit anderen Bereichen – nicht ausserordentlich gross sind, wirklich den Konsumentenorganisationen zugute kommen.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass es einen Antrag Dormann auf Streichung von Artikel 5 Absatz 2 gibt, nach welchem auch Organisationen Beträge zugesprochen erhalten könnten, die sich zwar gemäss ihrer Statuten auch der Konsumenteninformation widmen, obwohl dies nicht ihre Hauptaufgabe ist. Das könnte dazu führen, dass Coop oder Migros, der TCS oder der ACS Konsumentenschutzgelder anfordern könnten. Es könnte aber auch dazu führen, dass die Umweltorganisationen Geld erhalten. Persönlich bin ich der Meinung, dass diese in ihren Auswirkungen unklare Passage angesichts der knappen zu verteilenden Mittel gestrichen werden sollte.

Wichtig scheint der LdU/EVP-Fraktion vor allem auch, dass wir nicht hinter Europa herhinken, dass wir also die Dienstleistungen sowohl im Beschluss A wie im Beschluss B mit einbeziehen. Denn Dienstleistungen machen einen immer grösser werdenden Anteil an den Ausgaben des Schweizlers und der Schweizerin für Konsum aus. Zu diesem Dienstleistungssektor gehören auch die Versicherungen.

Ich bin erstaunt über die Ansicht von Kollege Basler, wenn er sagt, mündige Bürger müssten nicht durch ein Widerrufsrecht geschützt werden. Wir alle wissen doch, Herr Basler, dass diejenigen, die unter der Haustüre mit den mündigen Bürgern ein Geschäft tätigen wollen, bestens geschult sind und mit wunderschönen farbigen Prospekten mit der grössten Selbstverständlichkeit das Blaue vom Himmel herunter versprechen können. Wer, selbst wenn er ein mündiger Bürger ist, ist nicht schon selbst auf solche geschulten Leute hereingefallen und hat es im nachhinein bereut? Seriöse Anbieter haben von diesem Widerrufsrecht überhaupt nichts zu befürchten, im Gegenteil, es schützt ihre moralische Integrität. Die Unseriösen hingegen werden durchfallen.

Noch einmal: Dasselbe gilt für Versicherungen. Wir werden in nächster Zeit erleben, dass vor allem junge Leute unter Beschuss der Werbung kommen werden. Es darf doch nicht dazu führen, dass ein Zwanzigjähriger als nicht mündiger Bürger bezeichnet werden kann, weil er einem aufdringlichen Haustürverkäufer aufgesessen ist.

Wir bitten Sie, im Prinzip den Anträgen der Mehrheit zu folgen, dem Antrag Dormann auf Streichung bei Artikel 5 Absatz 2 zu folgen und auch den Antrag von Frau Nabholz zu berücksichtigen: Es kommt nicht darauf an, ob eine Konsumentenschutzorganisation tatsächlich gesamtschweizerisch tätig ist, sondern ob das, was diese Organisation macht, gesamtschweizerische Auswirkungen hat. Das ist der Antrag von Frau Nabholz.

men, inklusive die Versicherungen. Das ist ein Erfordernis nicht nur von morgen, sondern bereits von heute.

M. Coutau: De l'avis du groupe libéral, le projet de loi sur l'information des consommateurs présente incontestablement, dans son but et dans sa conception, des avantages réels. D'une part, il convient de le souligner ici, son ambition consiste essentiellement à combler un certain nombre de lacunes. Le rapporteur de langue française y a insisté, je n'y reviens pas longuement. Mais, il est à souligner que le législateur suisse n'a pas attendu le vote de l'article constitutionnel de 1981 sur la protection des consommateurs pour prendre des mesures dans ce sens. De très nombreux textes, anciens et plus récents, se soucient de la protection de la santé, de la bonne foi, des intérêts des consommateurs. Les lacunes à combler sont donc relativement restreintes. Dès lors, le projet peut rester d'une ampleur limitée – quatorze articles – on l'a souligné. D'autre part, et peut-être surtout, ce projet respecte le principe fondamental de la subsidiarité, c'est-à-dire qu'il se fonde largement sur des conventions que sont appelés à passer entre eux des représentants des producteurs et ceux des consommateurs en matière d'information et, plus précisément, de déclarations relatives aux biens et services offerts sur le marché.

C'est dire que ce projet évite de considérer les consommateurs *a priori* comme des êtres mineurs et irresponsables que l'Etat devrait prendre par la main quand ils vont faire leur marché. Le projet les considère au contraire comme des partenaires indispensables du processus économique, qui exercent leur libre arbitre en connaissance de cause devant l'abondance et la diversité de l'offre.

Le groupe libéral souscrit donc à cette conception générale et approuve les buts essentiels du projet qui porte d'abord sur la déclaration des caractéristiques essentielles de ce qui est offert aux consommateurs, ensuite sur les conditions d'exécution des tests comparatifs et, enfin, sur le soutien financier accordé aux associations de consommateurs. Dès lors, nous approuvons, sur ce point, l'entrée en matière.

Nous assortissons pourtant cette approbation de trois réserves essentielles: la première porte sur le risque de complications et de surenchère auxquelles un tel projet est exposé, soit déjà au niveau du texte de la loi lui-même, qui pourrait souffrir du zèle législatif de certains collègues, soit, plus insidieusement, dans les ordonnances d'application, décrétées par le Conseil fédéral, même après une consultation auprès des partenaires. Par exemple, en matière de déclaration des caractéristiques essentielles des produits, on doit craindre des prescriptions trop détaillées dont la complexité finirait par nuire à la compréhension et, surtout, qui deviendrait complètement disproportionnée en regard du produit offert, par exemple. On aime, dans ce pays, le perfectionnisme, mais ce goût aboutit trop fréquemment à des entraves et à des coûts parfaitement démesurés.

Au moment où la lutte contre les déchets surabondants pose des problèmes considérables et où l'on demande à juste titre une plus grande modération en matière d'emballages, il ne faudrait pas que les exigences relatives aux déclarations aboutissent à des catalogues à la fois inopérants et surdimensionnés. Il ne s'agit pas pour nous d'ouvrir, du fait de cette loi, la porte à la rage réglementaire, totalement démodée dans la plupart des pays voisins qui en sont bien revenus et qui aboutissent au contraire à une certaine déréglementation. C'est dans ce sens que nous soutiendrons la proposition d'une forte minorité qui vise à écarter les services de cette déclaration.

Notre deuxième réserve porte sur la liberté des échanges. Une législation trop spécifiquement helvétique et trop tatillonne contient inévitablement le risque de déboucher sur une restriction des échanges internationaux. Sous prétexte de protection des consommateurs, on pourrait créer de véritables discriminations qui reviendraient à remettre finalement en cause certains de nos engagements internationaux en matière de libre-échange. Des exemples étrangers sont édifiants à cet égard. Il est vrai, le chef du Département de l'économie publique, en commission, a pris des engagements assez formels à ce sujet.

tamment en ce qui concerne les risques liés à la désignation de la provenance des produits offerts sur le marché suisse. Nous devons absolument nous mettre à l'abri de mesures de rétorsion éventuelles, auxquelles nous exposerions des hévétismes disproportionnés et bien inopportuns en cette période d'ouverture des marchés.

La troisième réserve porte sur la crédibilité des informations fournies aux consommateurs. Cette crédibilité est le pendant indissociable de la transparence recherchée à juste titre. Il s'agit bien entendu de la rigueur et de l'objectivité avec lesquelles devront être conduits les tests comparatifs. Cette rigueur et cette objectivité sont des conditions exigeantes, certes, mais absolument impératives. Il ne s'agit pas seulement de se garder d'induire les consommateurs en erreur avec des effets désastreux qui peuvent en résulter, il s'agit aussi de protéger la bonne foi et les intérêts légitimes des producteurs. Les risques liés à la publication de tests erronés peuvent se solder par des dégâts considérables. La responsabilité des organisations, des laboratoires et des personnes qui procèdent à des tests peut, dans certains cas, prendre des proportions considérables. C'est dire les précautions qu'il convient d'imposer quant aux compétences et à l'objectivité des auteurs et des diffuseurs de ces tests. Nous proposons aussi ici de les limiter à des marchandises, tant les difficultés et les risques liés aux tests sur les services nous semblent disproportionnés en regard de la signification réelle que les consommateurs pourraient en tirer.

Enfin, les conséquences financières de l'appui matériel apporté aux associations de consommateurs, notamment pour l'exécution de tests comparatifs, doit rester dans des limites compatibles avec l'évolution des finances de la Confédération. Les subventions qui leur sont octroyées en vertu de cette loi devront respecter les dispositions de la future loi sur les subventions. C'est une des explications à l'introduction d'une clause potestative au sujet de l'octroi de ces subventions. A cet égard, la base constitutionnelle de l'octroi de celles-ci me semble assez fragile – nous ne la remettons pas en cause – en ce sens que l'article constitutionnel nous indique que «les organisations de consommateurs bénéficient, dans les limites de la législation sur la concurrence déloyale, des mêmes droits que les associations professionnelles et économiques». C'est sur cette base que se fonde le financement des associations de consommateurs; il est évident que les autres associations professionnelles et économiques ne vont pas se référer à cette base constitutionnelle pour demander toutes des subventions à la Confédération, elles s'en félicitent.

Quant à la loi B qui, pour l'essentiel, introduit un droit de révocation dans certaines circonstances, nous avons été tentés de suivre le Conseil des Etats et de refuser l'entrée en matière. En effet, il porte une atteinte directe à un des principes fondamentaux du droit des contrats, à savoir le respect de la volonté clairement exprimée des parties au contrat. Nous refusons de considérer *a priori* tous les vendeurs comme des filous et tous les acheteurs comme des victimes incapables de jugement et de discernement. Plusieurs dispositions, notamment la loi récemment révisée contre la concurrence déloyale, prévoient déjà des limites qui protègent les acheteurs dont la bonne foi a été surprise par des démarcheurs trop habiles. Faut-il vraiment prendre le risque de troubler les relations commerciales pour renforcer unilatéralement la position des consommateurs?

Si nous nous rallions finalement à l'entrée en matière, c'est que les travaux de la commission ont démontré deux choses. Premièrement, certaines pratiques contestables et non couvertes par d'autres dispositions légales prennent une certaine ampleur. Il arrive effectivement que l'accord des parties au contrat repose sur des volontés concordantes bien fragiles, parfois pratiquement extorquées à l'acheteur par des moyens que nous réprouvons. Ce n'est pas notre conception de la liberté du commerce. Il n'empêche que nous regrettons qu'une fois de plus les abus de quelques-uns nous poussent à légiférer éventuellement aux dépens de la majorité des commerçants qui se gardent de ces procédés contestables.

Enfin, le second résultat convaincant des travaux de la com-

bases plus concrètes, mieux définies, se référant à des critères un peu plus restrictifs et, qui plus est, compatibles avec les pratiques étrangères. Dans la mesure où les propositions de la commission seront ratifiées par le plénum, nous pourrons, tout bien considéré, nous y rallier.

Hafner Rudolf: «Die Katze im Sack kaufen», «Die Leute für dumm verkaufen» – das sind zwei Sprichwörter, die im Bereiche der Konsumenteninformation langsam an Wert verlieren sollten. Wir sind der Auffassung, dass es – wenn die Menschen als mündige Bürger angesprochen werden – nötig ist, im Bereich der Konsumenteninformation mit möglichst offenen Karten zu spielen und eine möglichst umfassende und wirklichkeitsgetreue Information zu bieten.

Es ist kein Zufall, dass die grüne Fraktion eine möglichst umfassende und wirklichkeitsgetreue Information will. Gerade die Kreise, die uns nahestehen – wie die KAG (Konsumenten-Arbeits-Gruppe zur Förderung tierfreundlicher, umweltgerechter Nutzung von Haustieren), die «Volks-gesundheit Schweiz», der VCS oder die Drittweltläden –, sind seit langer Zeit Vorreiter in diesem Bereiche und bieten mehr und genauere Information, als das beim allgemeinen Angebot der Fall ist.

Von uns aus gesehen ist es daher konsequent, auch die Dienstleistungen einzubeziehen, und es erscheint uns schwer verständlich bzw. ein bisschen zweideutig, wenn eine grosse bürgerliche Minderheit die Dienstleistungen ausnehmen will. Mit der Feststellung von Herrn Basler, die Dienstleistungen seien schwer miteinander zu vergleichen, sind wir einverstanden. Gerade im Hinblick auf den Versicherungsmarkt haben selbst kaufmännisch geschulte Leute grösste Mühe, beispielsweise die Angebote von Lebensversicherungen zu vergleichen.

Wenn aber Vergleiche dermassen schwierig anzustellen sind, sollte man die Konsumenteninformation doch eher verstärken als abschwächen. Wir hoffen, dass dieser wichtige Punkt zum Tragen kommt und dass sich eine Mehrheit findet, um etwas mehr Licht in diesen zum Teil obskuren Versicherungsmarkt oder in die Bankdienstleistungen zu bringen.

Der Bürger soll als mündiger Mensch wissen, was für Waren oder was für Dienstleistungen er konsumiert und was deren Inhalt ist. Von grosser Bedeutung kann der Bereich der Lebensmittel sein. Solange nicht eine Spezialgesetzgebung die Konsumenteninformation im Bereich der Lebensmittel regelt, solange gilt dieses generelle Konsumenteninformationsgesetz. Es ist bekannt, dass sich im Bereich der Lebensmittel höchst problematische Entwicklungen abzeichnen – man denke an die radioaktive Bestrahlung zur Haltbarmachung, an die gentechnologisch veränderten Lebensmittel.

Die grüne Fraktion wendet sich generell gegen diese höchst gefährlichen Techniken. Es versteht sich von selbst: Wenn schon solche Techniken angewendet werden, muss dieses Vorgehen restlos deklariert werden, auch wenn diese Techniken offiziell zugelassen sein sollten. Es kann wirklich nicht in Frage kommen, dass der Bürger Dinge konsumiert, von denen er nicht genau weiss, mit welcher gefährlichen Techniken sie in Berührung gekommen sind. Wir fordern die Sicherstellung einer restlosen Information, falls solche gefährlichen Techniken zur Anwendung kommen. Nur so könnten wir diese überhaupt verantworten.

Mit dem Beschluss B haben wir Mühe, hat sich doch die Mehrheit dafür ausgesprochen, die Versicherungsleistungen auszuschliessen, und werden doch sehr starke Tendenzen sichtbar, das Rücktrittsrecht mittels Zusätzen einzuschränken. Wir warten die Diskussion ab und werden je nach Ergebnis für oder gegen den Bundesbeschluss B stimmen.

Wir sind aber in beiden Geschäften für Eintreten, damit sie behandelt werden können. Gesamthaft sind wir für jene Anträge, die ein möglichst breites Spektrum der Konsumenteninformation bieten wollen. Wir sind auch für den Vorschlag Nabholz, wobei wir eine Zusicherung von Bundesrat Delamuraz haben möchten, dass der Bund die Förderung im Sinne der Finanzierung versteht, nicht aber im Sinne einer Bundeseingriffnahme in die Tätigkeit dieser Organisationen. Das scheint uns sehr

Grassi: Die CVP-Fraktion ist für Eintreten auf beide Vorlagen und für Zustimmung zu den Kommissionsbeschlüssen, mit einer Ausnahme, wie ich in der Detailberatung darlegen werde. Zunächst einige grundlegende Bemerkungen. Die marktwirtschaftliche Ordnung mit einem funktionierenden Leistungswettbewerb ist durch sich selbst und vom System her auf die optimale Befriedigung der Verbraucherbedürfnisse ausgelegt. Das beinhaltet auch die Zielrichtung, die Interessen der Konsumenten zu wahren. Aus dieser theoretischen Sicht ist ein besonderer Schutz der Verbraucher durch Gesetzesnorm wohl zumindest paradox.

Der Wettbewerb sorgt für ein vielfältiges und differenziertes Angebot als Antwort auf differenzierte Bedürfnisse der Konsumenten. Dies schafft die Voraussetzung, dass jeder individuelle Verbraucher das ihm zusagende Angebot auswählen kann. Der erbitterte Kampf um den Kunden veranlasst den Anbieter häufig, den Wettbewerb nicht ausschliesslich mit echten, eigenen Leistungen auszufeuchten. Erscheinungen einer systematischen Schleuderpreispolitik, die Unübersichtlichkeit von Spezialaktionen und die einseitige Konzentration auf das Preislelement unter Vernachlässigung anderer Leistungskomponenten verschleiern zusehends das Preis-Leistungs-Verhältnis. Dadurch werden hohe Ansprüche an die Eigenverantwortlichkeit der Verbraucher gestellt.

Mit Blick auf die konkreten Ausführungserlasse zum Konsumentenschutzartikel der Bundesverfassung ist hervorzuheben, dass der Souverän nicht nur die Kompetenz, sondern den Auftrag zum Erlass von Konsumentenschutznormen gegeben hat. Dem Verbraucher sollten über das bisherige Mass hinaus die Mittel zur besseren Entscheidungsfindung im Markt gegeben werden.

Verbraucherschutz wird ja nicht erst seit Erlass von Artikel 31sexies der Bundesverfassung betrieben. Verbraucherschutz wurde als Massnahme zur Abwehr von Gefahren verstanden, die Rechtsgütern wie Leben, Gesundheit, Treu und Glauben im Geschäftsverkehr drohen können. Eine ganze Reihe einschlägiger Verfassungsartikel bestehen seit jeher. Entsprechend lang ist denn auch die Liste konsumentennaher Gesetzesbestimmungen.

Es ist unbestritten, dass der gut informierte Konsument sich weitgehend selber schützen kann und in der Unübersichtlichkeit der vorliegenden Marktstruktur die wohl richtigen Entscheidungen trifft, wie und wo er seine Kaufkraft einsetzt.

Wichtig ist dabei, welche Informationen ihm zur Verfügung stehen. Diese zu umschreiben und zu konkretisieren ist die Aufgabe des ersten Erlasses, den wir heute beraten: des Bundesgesetzes über die Förderung der Konsumenteninformation. Die Information des Konsumenten, wie sie im Gesetz umschrieben ist, geschieht durch die Deklaration von Waren und Dienstleistungen sowie durch die Qualitätsprüfungen. Wir sind der Meinung, dass auch die Dienstleistungen in das Gesetz einbezogen werden sollen. Aber nicht nur der Verbraucher soll von einer effizienten Information profitieren. Die gesamte Wirtschaft, also auch die Gegenseite – d. h. Produzent und Verteiler als Teile der Wirtschaft –, soll aus einer korrekten und umfassenden Information Nutzen ziehen können. Die richtig geführte, objektive Information des Konsumenten stimuliert den Wettbewerb, spornt zu besserer Leistung und zu besserer Qualität an und ist zugleich eine Ergänzung und sogar ein Korrektiv der Produktwerbung.

Wir begrüssen die Konzeption, wonach die Erarbeitung von Deklarationen grundsätzlich Sache privatrechtlicher Vereinbarungen ist. Aus dieser Optik ist es auch richtig, dass die subsidiäre Kompetenz des Bundesrates im Sinne einer Kann-Formel formuliert ist. Können sich nämlich die Parteien nicht auf ein Deklarationssystem einigen, bedeutet dies noch nicht, dass ein Eingreifen der Bundesbehörden sinnvoll ist.

Unbestritten ist, dass den Konsumentenorganisationen Finanzhilfen zur Erfüllung ihrer Informationsaufgaben sowie für ihre Testtätigkeit zur Verfügung stehen sollen. Auch hier sind wir der Ansicht, dass die Kompetenz des Bundes im Sinne einer Kann-Formel formuliert wird. Die Anträge Nabholz und Leutenegger Oberholzer gehen zu weit. Die Kann-Formel gewährt dem Bundesrat die notwendige Flexibilität. Dass die

erbringen und gewisse Spielregeln einhalten müssen, wenn sie die Bundeshilfe in Anspruch nehmen, scheint uns richtig. In diesem Zusammenhang ist auf die wichtige Arbeit, welche die verschiedenen Konsumentenorganisationen bisher geleistet haben, hinzuweisen. Seit den sechziger Jahren haben sie ständig ihre Arbeit erweitert und verbessert und wesentlich dazu beigetragen, dass der Konsument verantwortungsbewusster handelt und sich im heutigen vielfältigen und in gewissen Sparten überdimensionierten Angebot zurecht findet. Die Weiterführung dieser Arbeit soll deshalb vom Bund unterstützt werden.

Auch auf den zweiten Bundesbeschluss ist nach Ansicht der CVP-Fraktion einzutreten. Es ist nicht zu bestreiten, dass unter den Anbietern nicht alle Schafe weisser Farbe sind. Ich möchte aber gleich hinzufügen, dass es sich nie um allgemeine Erscheinungen, sondern um Einzelfälle handelt, wenn Irreführungen und Angebotsmethoden auftreten, die den Verbraucher benachteiligen. Das Gros seriöser Anbieter ist keineswegs daran interessiert, den Kunden zu beschummeln. Wenn es darum geht, Gesetzesbestimmungen zu formulieren, die notgedrungen generell Gültigkeit haben, muss der Versuchung widerstanden werden, von Einzelfällen auf das Ganze zu schliessen und damit die grosse Mehrheit korrekter Anbieter und eigenverantwortlicher, handlungsfähiger Konsumenten zu bevormunden und in ein unangemessenes, enges Korsett zu zwingen. Aus diesem Grund sind Schwerpunkte zu bilden. Der Konsumentenschutz hat sich auf echte, allgemeine Verbraucheranliegen zu beschränken. Der jedoch im ursprünglichen Vorschlag des Bundesrates gezogene Schluss, den Kunden kurzerhand bei allen ausserhalb von Geschäftslokalitäten abgeschlossenen Verträgen ein Widerrufsrecht einzuräumen, ging zu weit. Deshalb hat die Kommission einen neuen Vorschlag gutgeheissen, welcher im Interesse der Rechtssicherheit das Widerrufsrecht auf ganz spezielle Fälle beschränkt.

In diesem Sinne sind auch die Ausnahmen klarer umschrieben. Ich erachte es als richtig, wenn man dem Verbraucher in gewissen, genau bezeichneten Fällen eine Bedenkzeit einräumt, vor allem dort, wo die Gefahr eines unüberlegten Vertragsabschlusses gegeben ist.

Wir sind jedoch gegen die Einbeziehung der Versicherungsverträge in das Widerrufsrecht; denn eine Sache ist es, ob man Ihnen zu Hause Bücher, Wein oder Elektroapparate verkauft – wo psychologisch die Ware visuell eine grosse Rolle spielt –, und eine andere, wenn Versicherungsverträge abgeschlossen werden, wo schon von der Sache her die Unterschrift des Vertrages verzögert werden kann. Es wäre auch verfehlt, die Versicherungsgeschäfte mit den dubiosen Haustürgeschäften bzw. den Werbecarfahrten auf die gleiche Stufe zu stellen. Ich werde in der Detailberatung auf das Problem zurückkommen.

Zusammenfassend empfehle ich Ihnen im Namen der CVP-Fraktion, auf beide Vorlagen einzutreten.

Frau Ulrich: Wir sprechen heute über die Anliegen der Konsumentinnen und Konsumenten, aber genauso über die Anliegen der Wirtschaft, denn Konsumentinnen und Konsumenten sind ein wichtiger Teil unserer Wirtschaft. Nur informierte Konsumentinnen und Konsumenten können ihren Part in diesem Spiel gut ausführen. Geld, das für Waren oder Dienstleistungen ausgegeben wird, welche die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen, fehlt nachher, um es für solche Dinge einzusetzen, die dem Ziel der Konsumenten und Konsumentinnen entgegenkommen. In diesem Sinn hat auch die Wirtschaft ein Interesse an Deklarationen, die eine gute Wahl ermöglichen. Es wurde vorhin immer wieder von den mündigen Konsumentinnen und Konsumenten gesprochen, welche selber entscheiden sollen, wofür sie ihr Geld ausgeben und welche sich sicher nicht durch Werbung oder durch Haustürkäufe überumpeln lassen. Aber: Um selbstverantwortlich entscheiden zu können, braucht jeder und jede Grundlagen, und zwar objektive Informationen.

Wo und wie kann man diese erhalten? Wir brauchen unbedingt offizielle Deklarationen, welche für eine bestimmte Wa-

bestimmten Kriterien, die ausgehandelt werden müssen, einen Vergleich erlauben.

Hier setzt die Arbeit und die Aufgabe der Konsumentenorganisationen ein: Sie sind es, welche als Partnerinnen der Wirtschaft beim Aushandeln der Deklarationen auftreten können; sie sorgen für die Information der Konsumentinnen und Konsumenten in den Medien, den elektronischen und den gedruckten; sie sind es auch, die vergleichende Tests durchführen. Die dazu benötigten finanziellen Mittel können die Konsumentenorganisationen nicht allein von ihren Mitgliedern her aufbringen. Sie brauchen dazu die Unterstützung des Bundes. Dazu soll in diesem Gesetz nun die Grundlage geschaffen werden.

Zu den einzelnen Punkten: Die SP will in diesem Gesetz auch die Dienstleistungen verankern. Der Dienstleistungssektor nimmt an Bedeutung immer noch zu. Es ist uns klar, dass nicht alle Dienstleistungen vergleichbar und damit objektiv deklarierbar sind. Aber dort, wo sie unter standardisierten Bedingungen und mit einheitlichem Inhalt angeboten werden – ich denke z. B. an Pauschalreisen, an die chemischen Reinigungen, an Service-Abonnements, an Unterrichtsverträge usw. –, sollen sie auch von den Konsumenten verglichen werden können, indem sie einheitliche Deklarationen aufweisen; somit wird ermöglicht, dass die Konsumentinnen und Konsumenten selbstverantwortlich entscheiden können.

Deklarationen sind ja nichts Neues; es gibt sie bereits auf freiwilliger Basis. Aber das soll nun ausgebaut werden. Wie vorhin schon einmal erwähnt wurde, sind wir zwar sehr dafür, dass Deklarationen z. B. den Energieverbrauch umfassen, wie das Herr Basler gesagt hat. Aber nicht nur Energieverbrauch oder Materialzusammensetzung sind wichtig: Wenn immer wieder davon gesprochen wird, dass Konsumentinnen und Konsumenten das Angebot auch beeinflussen und dass sie mitverantwortlich seien dafür, dass bestimmte Dinge gekauft werden, die ökologisch nicht so sinnvoll sind, dann muss ich den Spieß umdrehen und sagen: Geben wir den Konsumentinnen und Konsumenten über die Deklaration die Möglichkeit zu entscheiden, ob sie z. B. ein Produkt aus nichtbiologischem Anbau oder lieber aus biologischem Anbau kaufen wollen. Geben wir ihnen die Möglichkeit zu wissen, unter welchen ökologischen bzw. sozialen Bedingungen ein Produkt entstanden ist, aus welchem Land es stammt usw.

Es ist mir klar, dass nicht jedes Produkt in allen diesen Sparten deklariert werden kann; aber es gibt Produkte, bei denen das wichtig ist und wo die Konsumenten, wenn sie selbstverantwortlich entscheiden wollen, alles wissen müssen.

Sollte es z. B. einmal soweit kommen – ich hoffe, es komme nicht soweit; die SP würde sicher Widerstand leisten –, dass gestattet wird, Lebensmittel zu bestrahlen oder dass gentechnologisch veränderte Lebensmittel auf den Markt kommen, dann muss auf jeden Fall eine Deklaration da sein, die es mir erlaubt zu entscheiden, ob ich das will oder nicht.

Es wird immer wieder gesagt, die Konsumentinnen und Konsumenten beeinflussen das Angebot; aber sie können es nur dann bewusst beeinflussen, wenn sie auch das Wissen darüber haben. Das Aushandeln der Inhalte dieser Deklarationen soll – wie es im Gesetz vorgesehen ist – zwischen Konsumentenorganisationen und Wirtschaft geschehen, der Bund soll nur dann eingreifen, wenn es nicht möglich ist, innert nützlicher Frist zu einer einvernehmlichen Regelung zu kommen.

Die Finanzhilfe des Bundes soll auch an die Kosten dieser Verhandlungen ausgerichtet werden, nebst den Kosten für die Informationsvermittlung und die Testdurchführungen.

Das Aushandeln kann nur durch gesamtschweizerische Organisationen bewerkstelligt werden. Das ist mit regionalen Organisationen nicht möglich. Insofern ist es verständlich, dass der Bundesrat die Subventionen nur an Organisationen von gesamtschweizerischer Bedeutung ausrichten will.

Für die Durchführung von Tests auf Waren und Dienstleistungen ist es heute schon so, dass sich die einzelnen Gruppen zusammenschliessen, teilweise sogar europäisch oder international. Es ist nötig, dass eine Konzentration der finanziellen Kräfte erfolgt.

Wir von der SP begrüssen es, dass die Finanzhilfe an die

sel geregelt werden soll, und wir lehnen den Antrag Hänggi zu Artikel 6 ab.

Zum zweiten Teil, zur OR-Revision: Sie wird von der SP begrüsst. Es werden hier längst fällige Korrekturen und Klarstellungen realisiert. Ich denke z. B. an Artikel 6a (neu), wo es darum geht, dass endlich klar gesagt wird, was man tun soll mit Dingen, die einem unbestellt zugestellt werden. Da gibt es heute noch sehr viele unterschiedliche, auch juristisch unterschiedliche Meinungen.

Zu den Haustürverkäufen, die vorhin von Herrn Basler angesprochen worden sind: Das Ueberrumpeln der Konsumentinnen – es sind sehr oft die Frauen, die zu Hause sind – ist leider eine Tatsache. Es werden nicht nur junge Frauen angepöbelt; sehr oft sind es auch Frauen der älteren Generation, die einem wortgewandten Anbieter an der Haustüre nicht gerade ausgeliefert sind, aber ihm gegenüber doch am kürzern Hebel sitzen. Das Widerrufsrecht muss für solche Fälle unbedingt im Gesetz bleiben.

Wir sind auch der Meinung, dass das Widerrufsrecht für Versicherungsverträge, die länger als ein Jahr dauern, gegeben sein sollte. Wer schon einen solchen Versicherungsvertrag, der nicht sofort in Kraft tritt, unterschrieben hat, der weiss, dass sich auch die Versicherungen eine Bedenkzeit ausbedingen, dass innert 14 Tagen die Gesellschaft zum Antrag ja oder nein sagen kann.

In diesem Sinn bitten wir Sie um Eintreten auf die beiden Vorlagen.

Neukomm, Berichterstatter: Es ergaben sich keine grundsätzlichen neuen Aspekte. So kann ich mich sehr kurz halten. Ich danke allen Sprechern für die wohlwollende Beurteilung der Gesetzesvorlage. Ganz besonders das Konsumenteninformationsgesetz fand ausserordentlich gute Aufnahme. Die Vorlage B wird noch einiges zu reden geben.

Herr Basler hat eigentlich den Kern erwähnt: Es geht in erster Linie um Hilfe zur Selbsthilfe. Gerade beim Verfassungsartikel 1981 kam es deutlich zum Ausdruck, dass die Entwicklung, und zwar in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht, den Konsumenten überfordert hat und dass nach dem liberalen Leitbild eigentlich der Konsument der wahre Lenker der Wirtschaft sein sollte. Nun sollen die objektiven Informationen als produktbegleitende Deklarationen oder auch die Tests den Konsumenten die Grundlage geben, um sich marktgerecht zu verhalten.

Die Dienstleistungen bei den Deklarationen sind umstritten, das haben wir aus den Eintretensvoten gehört. Da möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass die entscheidende Veränderung unserer Konsumgewohnheiten darin liegt, dass in den letzten 20, 30 Jahren ein gewaltiges Wachstum an Dienstleistungen zu verzeichnen ist. Ich denke nicht nur an die Banken und Versicherungen, sondern an unzählige andere Sektoren. Auch wenn es schwierig ist, vergleichbare Programme und Daten aufzustellen, sollte dies doch im Aufgabenkatalog bleiben. In der ganzen Welt, in allen europäischen Ländern beschäftigen sich Private und staatliche Institutionen mit der Deklaration von staatlichen Dienstleistungen und vor allem auch mit Tests über Dienstleistungen. Der Konsument sollte auch hier, wo es besonders schwierig ist, vor dem Vertragsabschluss Vergleiche anzustellen, eine Orientierungshilfe erhalten.

Der Staat hat also gewisse Aufgaben auf sich zu nehmen, um ein marktgerechtes Verhalten des Konsumenten überhaupt zu ermöglichen, und der Wettbewerb soll spielen. Herr Grassi hat darauf hingewiesen. Ich sage immer wieder: Der Wettbewerb ist der beste Freund des Konsumenten, aber er sollte in der Praxis auch funktionieren, und da braucht es einigermaßen gleiche Gewichte. Wenn von Herrn Basler beispielsweise beim Widerrufsrecht kritisiert wird, der Staatsbürger sei selbständig, er müsse sich auch an der Urne für gewichtige Sachen entscheiden, so möchte ich hier doch sagen, dass beispielsweise bei den Haustürverkäufen die Situationen ungleich sind: auf der einen Seite der wohlpräparierte Vertreter, auf der anderen Seite in der Regel eine unvorbereitete Konsumentin. Deshalb ist es sinnvoll, eine gewisse «Unterstützung»

Missbrauchsbekämpfung soll auch hier im Zentrum stehen. Es gibt bereits private Anbieter, z. B. den Verband der Direktverkaufsfirmer, die schon ein freiwilliges Widerrufsrecht haben.

Zu den Dienstleistungen möchte ich noch einzelne Beispiele erwähnen, die gerade in der Deklaration von Bedeutung sein dürften. Ich denke an Fernkurse, chemische Reinigungen, Kleinkredite, Pauschalreisen, Heiratsvermittlung – also verschiedene Märkte, die in den letzten Jahren zunehmend eine Bedeutung erlangt haben.

Ich bitte Sie, auf beide Vorlagen A und B einzutreten.

M. Pidoux, rapporteur: L'entrée en matière n'étant pas combattue, mon intervention pourra être d'une brièveté inhabituelle. Il est dans l'intérêt des acheteurs et des vendeurs que la concurrence fonctionne harmonieusement. C'est d'abord aux partenaires à la faire fonctionner et la législation que l'on propose aujourd'hui n'est qu'une législation subsidiaire au cas où la concurrence ne fonctionnerait pas. Je pense que nous pouvons tous nous y rallier. C'est sans doute pourquoi aucun d'entre nous n'a proposé de ne pas entrer en matière sur les deux projets de loi qui nous sont soumis.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: L'intérêt des consommateurs que nous sommes tous n'est pas fondamentalement préservé par un ensemble de lois, d'ordonnances, de règlements qui nous mettraient tous sous cloche, mais dépend d'une économie pleine de vitalité, qui offre une large gamme de produits et de services, à des prix d'autant plus intéressants qu'ils résultent du libre jeu de la concurrence. C'est la première responsabilité du législateur et du gouvernement, ici comme ailleurs, de permettre précisément à cette économie, par les conditions-cadres qu'ils fixent, de continuer d'être performante et d'offrir un choix et des prix aux consommateurs qui sont la première garantie de qualité. Mais le peuple et les cantons ont estimé, un certain dimanche de juin 1981, de manière très catégorique – 858 000 oui contre 451 000 non et 22 cantons contre 4 – qu'il fallait aller au-delà de cette protection naturelle et fondamentale et permettre au législateur, grâce à un article constitutionnel, de puiser dans son arsenal législatif afin de «protéger» les consommateurs – le terme a été expressément retenu.

Sur la base de ce mandat constitutionnel, le Conseil fédéral s'est demandé tout d'abord si l'on pouvait, moyennant quelques modifications des lois en vigueur, réaliser cette protection des consommateurs et satisfaire ainsi à la volonté populaire claire et nette. Il a dû constater que cela n'était pas possible et que si nous voulions respecter la décision populaire il convenait bel et bien d'édicter une loi visant à améliorer l'information des consommateurs. C'est cette loi que nous vous présentons.

De grâce, n'y voyez pas l'intention du Conseil fédéral de persister dans l'erreur et de légiférer encore davantage là où tant de voisins en sont à l'heure de la dérégulation! En réalité, cette loi n'est pas un monstre de perfectionnisme, née de cerveaux fertiles qui voudraient assujettir le commerce, les consommateurs et les vendeurs à un nombre absolument disproportionné de prescriptions. Cette loi tient en 14 petits articles, c'est un format de poche parmi les législations que propose le Conseil fédéral, et il ne s'agit certainement pas d'une contribution à l'inflation législative que nous désirons combattre avec vous. Ensuite, au-delà du problème du format de cette loi, je voudrais attirer votre attention sur le fait qu'elle ne vise pas tant à protéger le consommateur qu'à améliorer son information. En d'autres termes, la philosophie dont le Conseil fédéral s'est inspiré en vous proposant ce texte n'a pas été de considérer au départ qu'il y avait nécessairement des vendeurs filous face à des acheteurs innocents, tous et nécessairement victimes des marchands, mais qu'il suffisait de mettre les deux parties en présence sur la base d'une information claire et que l'offre faite à l'acheteur soit accompagnée de la documentation qui lui permet de prendre sa décision. Il n'y a donc pas du tout la volonté de prendre le consommateur par la main et de vouloir, au nom de l'Etat, s'interposer. Il y a tout au plus – c'est d'ail-

la volonté de tenir compte du vieil aphorisme français selon lequel un homme averti en vaut deux.

A propos de ce premier texte, j'ajouterai quelques remarques. Tout d'abord – nous y reviendrons au moment de la discussion de détail – il serait fâcheux de vouloir exclure les services du champ d'application de cette loi. En effet, *a priori*, le mandat constitutionnel ne nous donne pas le droit d'éliminer tous les services de l'obligation d'informer. De plus, les risques de mauvaise information et de non-information sont aussi grands en matière de présentation et d'offre de services qu'en celle de produits. A cet égard, il est tout à fait naturel que pour les services – du moins pour un certain nombre d'entre eux – le consommateur puisse se renseigner et être averti. C'est dans cette optique que je combattrai la proposition d'exclure les services qui nous sera présentée tout à l'heure. Cependant, j'ajoute aussitôt qu'il n'est pas question d'inclure tous les services. Non seulement c'est impossible, mais absurde, car certains de par leur nature ne se prêtent manifestement pas à une telle déclaration. Si vous entrez en matière sur ce point, l'idée du Conseil fédéral est d'édicter ensuite une ordonnance d'application qui limitera *expressis verbis* la nature des services qui peuvent être soumis à déclaration, afin qu'on ne s'embarque pas dans une réglementation absurde et inutile.

Ma deuxième remarque se rapporte au fait que la loi que nous vous soumettons est conforme au droit communautaire qui, dans ce domaine, a évolué au cours de ces derniers mois. Sachez que vous n'agiriez pas à contretemps en adoptant cette loi. Ma troisième remarque répond à une intervention de M. Hafner. Je garantis que la Confédération donnera une entière liberté dans l'appréciation des analyses scientifiques et techniques effectuées par les organisations qui se chargent de tests subventionnés. En revanche – c'est normal – elle appliquera quelques moyens de contrôle de l'octroi de subventions. La coordination entre les organisations et les conditions pour les tests, telles qu'elles sont formulées à l'article 6 de cette loi constituent l'intervention minimale que la Confédération a l'obligation d'effectuer pour contrôler l'utilisation des deniers publics. Merci d'entrer en matière sur cette loi.

J'en viens à la modification du Code des obligations qui constitue la seconde partie de notre repas d'aujourd'hui et à propos de laquelle le Conseil des Etats a adopté une attitude plutôt réticente. Aussi bien pour la transformation du Code des obligations que pour l'édiction de la nouvelle loi, la philosophie du Conseil fédéral qui a prévalu se réfère à un vendeur qui n'est pas nécessairement et *a priori* un menteur et à un acheteur qui n'est pas nécessairement et *a priori* une innocente victime des méchants. Tant qu'il y aura des affaires, il y en aura de bonnes et de mauvaises, aussi bien pour les vendeurs que pour les acheteurs. L'Etat n'a pas la candeur de vouloir ne recueillir que de bonnes affaires pour l'ensemble du commerce. En revanche, ce qui doit être préservé, c'est une certaine égalité de conditions de base entre l'acheteur et le vendeur. Il s'agit d'encadrer d'un certain nombre de règles simples des décisions prises sous l'empire d'une situation manquant de sérénité, afin d'établir un climat de confiance dans les relations commerciales. Ainsi en va-t-il tout d'abord de l'envoi de marchandises non commandées à propos desquelles des règles de comportement fixées dans ces dispositions éviteront les ambiguïtés et les mauvaises surprises que nous enregistrons actuellement chaque jour.

Ensuite, il s'agit du droit de révocation. Pour des affaires de démarchage à domicile ou des contrats semblables (cf. article 40), il faut éviter au consommateur de se trouver à l'improviste dans des situations précipitées, face à un fournisseur de choses mobilières ou de services. Dans ces cas, le danger de conclure précipitamment un contrat est grand. Il ne s'agit pas d'interdire au consommateur d'en conclure, mais de lui permettre de donner un consentement libre, réfléchi et éclairé. Le droit de révocation permet en quelque sorte au client d'agir comme un partenaire égal et il le protège contre les abus lors de la négociation. D'ailleurs, nous constatons – ce sera la remarque conclusive de mon intervention – que les entreprises professionnelles de la vente directe qui ont introduit volontairement un droit de résiliation et qui sont prêtes, spontanément

problèmes avec leurs clients. Ces bonnes entreprises ont jugé elles-mêmes ce que le législateur serait bien inspiré de juger aujourd'hui, à savoir qu'il fallait installer une soupape de sécurité pour harmoniser les rapports entre elles et leurs acheteurs éventuels et, par conséquent, au départ, limiter le nombre de litiges possibles qui surgiraient de la précipitation ou de la non-information. N'oubliez pas que, par cette disposition modeste, nous mettons en cause le droit des contrats, la loyauté des rapports entre vendeurs et acheteurs, bref, que nous mettons à bas toute une législation et un ensemble de pratiques tout à fait correctes parce que reposant sur la bonne foi. Voyez simplement une précaution supplémentaire pour éviter des cas difficiles, nés d'une différence de conditions manifeste entre le vendeur et l'acheteur.

Monsieur Basler, vous avez raison de dire que les Suisses majeurs sont capables de voter et de prendre des décisions populaires importantes. Ils doivent donc aussi être capables de prendre des décisions privées. Le droit de vote peut être exercé dans ce pays en toute sérénité, mais les affaires de démarchage à domicile, avec une situation de surprise unilatéralement créée par le vendeur potentiel, sont des conditions toutes différentes de celles dans lesquelles le citoyen va exprimer son vote le dimanche matin.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

A. Bundesgesetz über die Förderung der Konsumenteninformation (Konsumenteninformationsgesetz, KIG) Loi fédérale visant à améliorer l'information des consommateurs (Loi sur l'information des consommateurs, LIC)

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Antrag Leutenegger Oberholzer

Die Redaktionskommission wird beauftragt, das KIG sprachlich dahingehend zu bereinigen, dass eine sprachliche Gleichbehandlung von Frau und Mann gewährleistet ist.

Proposition Leutenegger Oberholzer

La Commission de rédaction est invitée à amender le texte de la LIC de manière à éliminer toute trace de sexisme dans la formulation de la loi.

Frau Leutenegger Oberholzer: Der Bundesrat hatte im Rechtsetzungsprogramm 1986 versprochen, dass er inskünftig auf die sprachliche Gleichbehandlung von Frau und Mann in der Gesetzgebung achten werde. In diesem Sinne hat er auch die Kantone angewiesen, bei der Gesetzgebung inskünftig darauf zu achten, dass die Frauen sprachlich nicht diskriminiert werden. Wenn man sich nun die Erlasse der jüngeren Vergangenheit vor Augen führt – ich denke zum Beispiel an die Weiterbildungsoffensive, die wir gestern beraten haben –, so müssen wir feststellen, dass diesem Grundsatz in der Praxis nicht nachgelebt wird. Das geht soweit – ich möchte auf das Bürgerrechtsgesetz verweisen –, dass dies zu ganz krassen Missverständnissen führt.

Ueber die Gründe, die für eine sprachliche Gleichbehandlung sprechen, brauche ich nicht viele Worte zu verlieren. Sie wurden im Rechtsetzungsprogramm des Bundesrates ausgiebig erläutert, und ich möchte darauf verweisen. Der Bundesrat hat auf Seite 86 selbst festgehalten, wie wichtig für das Rollenver-

lung ist. Heute ist es eine Tatsache, dass wir Frauen in der Gesetzgebung praktisch inexistent sind. Wir Frauen werden in der Regel in der Gesetzgebung und im allgemeinen Sprachverhalten den männlichen Begriffen untergeordnet. Wir werden einfach «mitgemeint».

Diese Negation der Frauen hat durchaus diskriminatorischen Charakter, und das hat offenbar auch der Bundesrat eingesehen, auch wenn dies – wie ich in der Praxis leider oft feststellen muss – von vielen Männern nicht verstanden wird. Nur, Herr Bundesrat Delamuraz, die Taten fehlen bislang leider noch, denn in den meisten neuen Gesetzen folgt der Bundesrat nicht einmal seinen eigenen Empfehlungen. Am einfachsten kann die sprachliche Bereinigung eines Erlasses jeweils dann durchgeführt werden, wenn ein Gesetz total revidiert oder wenn es neu geschaffen wird. Hier kann es denn auch keinerlei Missverständnisse oder Anpassungsprobleme geben. Beim Konsumenteninformationsgesetz handelt es sich nun um einen solchen neuen Erlass. Er ist zudem kurz, und eine sprachliche Anpassung wäre meines Erachtens sehr einfach möglich.

Ich ersuche Sie deshalb, meinem Antrag stattzugeben und die Redaktionskommission zu beauftragen, das Konsumenteninformationsgesetz im Sinne einer sprachlich nicht diskriminierenden Regelung zu überarbeiten. Damit könnte man einen Schritt machen und zeigen, dass es gar nicht so schwierig ist, zumindest nicht so schwierig, wie uns die Bundeskanzlei wahrnehmen will.

Ich möchte Sie nochmals darauf hinweisen, dass ich nur beantrage, das Konsumenteninformationsgesetz in diesem Sinne zu überarbeiten, nicht aber die Teilrevision des Obligationenrechtes, weil in diesem Erlass meines Erachtens eine sprachliche Uebersetzung in diesem Sinne nicht möglich wäre. Ich bitte Sie, meinem Antrag stattzugeben.

Neukomm, Berichterstatter: In der Kommission haben wir über diesen Antrag natürlich nicht gesprochen, weil er nicht vorlag, aber ich kann ihn auch nicht bekämpfen, denn am 14. Juni 1981 wurde ja nicht nur der Verfassungsartikel über Konsumentenpolitik im Verhältnis 2 zu 1 angenommen, sondern auch der Verfassungsartikel «Gleiche Rechte für Mann und Frau». In diesem Sinne meine ich, dass das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement und die Redaktionskommission diese Anpassungen vornehmen sollten.

M. Pidoux, rapporteur: La commission n'a pas traité de cette proposition qui est un des exemples du «Röstigraben» qui existe dans notre pays parce que, véritablement, nous ne ressentons pas ce problème en français. Nous ne sommes pas ici pour réformer la langue et, je viens de m'en assurer auprès de Mme Gardiol, il existe en Suisse romande la Fédération romande des consommatrices qui informe le consommateur! Bien sûr, je comprends que l'on soumette à la Commission de rédaction cette question. Mais, si ce problème paraît important en allemand, en français, nous nous comportons avec les personnes du sexe opposé d'une certaine manière et ne discutons pas de la langue!

Le président: La proposition est-elle combattue par un membre du conseil? Ce n'est pas le cas, il en est donc ainsi décidé.

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

.....

a. Vorschriften über die Warendecklaration;

Art. 1

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

.....

a. Des prescriptions concernant la déclaration de biens;

b.

M. Coutau, porte-parole de la minorité: La minorité, et – vous avez pu le constater – une forte minorité de votre commission vous proposent de limiter la portée des prescriptions concernant les déclarations aux seuls biens, à l'exclusion des services. On retrouve cette modification à l'article 2, alinéa 1, à l'article 3 et à l'article 4, alinéa 2. Le Conseil fédéral, notamment à l'article 2, alinéa 1, s'est bien rendu compte qu'on ne pouvait pas, en matière de déclaration, mettre les marchandises sur le même pied que les services. Pour ces derniers, il prévoit une énumération limitative qu'il inscrira dans une ordonnance. C'est bien la démonstration, de son propre aveu, que le problème se pose en des termes distincts selon qu'il s'agit de marchandises ou de services.

Pourquoi cela? Le message, de son côté, reste assez discret sur ce point. D'abord, il faut dire que toute une série de services ne seraient pas inclus dans l'ordonnance parce qu'ils sont assujettis à d'autres dispositions spécifiques. Ces dispositions sont aussi destinées à protéger les consommateurs. Il s'agit par exemple des médecins, des assurances et dans une certaine mesure des banques, qui sont astreintes à des législations particulières.

Une autre série de services ne saurait être incluse car, par définition, leur qualification dépend d'appréciations essentiellement subjectives ou rapidement changeantes; c'est le cas par exemple des transporteurs, des coiffeurs ou de l'hôtellerie. Sur ce dernier point, il est intéressant de savoir que la classification des hôtels en diverses catégories, même selon des critères assez objectifs (dimension des chambres, situation de celles-ci, équipement sanitaire, etc.) ne pourra rien dire de l'élément décisif de la prestation hôtelière, c'est-à-dire de la qualité de l'accueil. Quant aux services rendus, pour prendre un autre exemple, par les administrations publiques ou semi-publiques, peuvent-ils véritablement et de façon significative faire l'objet d'une déclaration, je vous en laisse juges vous-mêmes.

S'il est déjà problématique de renseigner correctement sur un produit et sur les effets sanitaires, économiques, écologiques de son usage et de sa consommation, il est d'autant plus difficile de donner ce type d'informations concernant des services. Le Conseil fédéral est lui-même bien conscient de cette difficulté. M. Delamuraz a cité en commission une liste très restrictive des services qui figureraient dans la future ordonnance du Conseil fédéral. M. Delamuraz a même fait allusion en commission à une décision que le Conseil fédéral aurait dû prendre avant que nous débattions devant ce plénum du contenu de cette ordonnance. Pour ma part je n'ai pas vu de décision du Conseil fédéral à l'heure actuelle, mais il est vrai que les types de services énumérés par M. Delamuraz sont extrêmement restreints. D'ailleurs, quant au risque d'étendre cette ordonnance – je lui fais personnellement largement confiance.

Deux choses me gênent néanmoins: d'abord l'inclusion générale dans la loi du terme générique de «services». On crée des illusions qui sont propres à induire le citoyen-consommateur en erreur, à le bercer de fausses illusions. Il croira que la nouvelle loi le protège alors qu'en fait, elle en sera bien incapable pour la grande majorité des services. On pourrait imaginer que certaines définitions soient introduites restrictivement dans la loi, mais aucune proposition n'a été faite dans ce sens et, à la limite, on pourrait imaginer que créant une divergence, le Conseil des Etats trouve une définition nettement restrictive qui correspondrait en fait à celle envisagée par M. Delamuraz. Outre la difficulté d'énumérer les critères objectifs sur la com-

porte à une regrettable insécurité pour l'avenir. Si l'on veut en rester aux voyages à forfait, aux contrats d'enseignement et à quelques autres rares services analogues, comme on nous en assure, pourquoi ne pas le dire expressément dans la loi, ou du moins trouver une expression légale restrictive correspondante assortie de définitions précises? Il n'en est rien: la loi cite les services en général, sans restriction ni distinction et, dès lors, elle ouvre la porte à l'incertitude et nous le regrettons. Aujourd'hui restrictive, l'ordonnance sera demain élargie, modifiée, amendée, sans que nous-mêmes, législateurs, n'ayons rien à redire.

Pour toutes ces raisons je vous suggère, avec une confortable minorité de la commission, de renoncer dans ces articles à soumettre les services à une déclaration nécessairement aussi imprécise que subjective.

Dietrich: Die Frage der Dienstleistungen hat in der Kommission breiten Raum eingenommen. Wir haben es uns nicht leicht gemacht. Unser Entscheid fiel nur mit Stichtscheid des Präsidenten zugunsten des Belassens.

Ich möchte aus meiner beruflichen Erfahrung im Testbereich berichten. Ich war massgeblich an der Einführung der bereits erwähnten Hotelklassifikation in unserem Land beteiligt. Wir wollten zuerst auch die Dienstleistung als solche einbeziehen, sind dann aber zum Schluss gekommen, dass nur und ausschliesslich quantifizierbare Leistungen aufgenommen werden können, was an und für sich ein Mangel ist, wenn man über alles informieren will.

Aber man hat dann gesehen, auch aufgrund der Gästereklamationen, dass meistens Unfreundlichkeit, schlechter Empfang, Behandlung im entsprechenden Betrieb, zu hohe oder zu tiefe Temperaturen oder Preis-Leistungs-Verhältnis Inhalt von Reklamationen waren. Wie wollen Sie die Freundlichkeit, die sehr wichtig ist, den Accueil in einem Hotel, messen?

Man hat dann bei der Stiftung Warentest in Deutschland im Grossraum Berlin einen Versuch gemacht. Ich war bei der Stiftung Warentest als Experte tätig. Man hat dort weitere Kriterien miteinbezogen, z. B. eben den Empfang, den Accueil. Man hat beispielsweise die «Abgewohntheit» eines Zimmers getestet. Man hat die Funktionalität getestet. Man musste diese Übung abrechnen, weil man sich nicht finden konnte und Streit aufkam. Wie wollen Sie ein Hotel anpreisen, wenn alles in Ordnung ist, es aber im publizierten Test heisst: «Schon etwas schummelig, leicht abgewohnt»? Das war das Ergebnis der Tests, und da hat es in Berlin ziemlich viel Juristenfutter gegeben.

Denken Sie an die alljährlichen Diskussionen, wenn die Restaurant-Führer – Gault et Millau usw. – herauskommen. Die Ambiance wird dort bewertet. Es wird gesagt, die Temperatur des Weines sei zu hoch oder zu niedrig gewesen usw. Alle Dienstleistungen werden von uns in erster Linie erlebt, also subjektiv empfunden, von jedem auf seine Weise und oft bezogen auf seine Stimmungslage.

Es wurden die Pauschalreisen angesprochen. Das gab in der Kommission viel zu diskutieren. Sie wissen, dass gelegentlich – wir sind bereit! – eine parlamentarische Initiative «Touristenrecht» auf den Tisch des Hauses kommt. Die Kommission schlägt ein Postulat vor, das den Bundesrat beauftragt, die Entwicklung im europäischen Raum, in der EG, zu verfolgen. In der EG ist momentan in bezug auf diese Pauschalreisen eine Vernehmlassung im Gange. Man tut sich sehr schwer mit dem Touristenrecht, das sehr wichtig wäre, wenn man bedenkt, wie viele Schweizer heute schon im Ausland buchen, ab Frankfurt, ab Luxemburg usw. Der Schweizerische Reisebüroverband – Sie konnten es dieser Tage selber lesen – hat seine allgemeinen Geschäftsbedingungen bereinigt. Er hat einen Ombudsmann eingesetzt und diese Woche in der «Schweizer Illustrierten» dafür sogar die Rose bekommen.

Ich bin Präsident des Schweizerischen Institutes für Hauswirtschaft, wo auf paritätischer Basis, gemeinsam mit Anbietern, mit allen Konsumentenorganisationen, mit der Wirtschaft, mit Fachexperten, Tests durchgeführt werden. In Arbeitsgruppen werden Prüfungsprogramme erarbeitet, die nur quantifizierbare Kriterien enthalten dürfen. Schon dort kommen wir zum

es beispielsweise um die Funktionalität eines Gerätes geht. Schon dort wird die Funktionalität subjektiv empfunden. Ein Linkshänder hätte eben gern die Schalter links am Backofen usw.

Alles in allem: Im Gesetz sind die Dienstleistungen ganz generell aufgeführt. Der Bundesrat hat in der Kommission gesagt, es könne sich nur um wenige Dienstleistungen handeln. Der Bundesrat bezeichnet diese wenigen Dienstleistungen sogar, die dann testfähig sind. Wir hätten zustimmen können, wenn das eingeschränkt wäre, wenn man auch bei der Deklaration klarer gesagt hätte, was man deklarieren kann. Das liegt uns noch nicht vor. Die Konsumentenorganisationen sind im übrigen frei, in ihrer Information über Dienstleistungen zu berichten. Wir haben auch das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb, das in vielen Fällen fassen kann.

Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, der Minderheit zu folgen und die Dienstleistungen nicht aufzunehmen, in der Meinung, der Ständerat käme auf die Angelegenheit zurück.

Mme Jeanprêtre: En 1981, lorsque les citoyennes et citoyens suisses ont accepté l'article 31sexies, sur la protection des consommateurs, ils avaient assurément déjà l'espoir qu'à l'avenir ils seraient objectivement informés, non seulement sur les biens de consommation, mais aussi sur les services qu'ils consomment ou utilisent. Depuis lors, les services ont pris de plus en plus d'importance dans notre société qui tend, tout particulièrement en Suisse, à devenir justement une société de services, qu'il s'agisse du domaine des assurances, des services bancaires, des contrats de location, d'entretien, des agences de voyages, etc. On suppose d'ailleurs que les ménages suisses consacrent environ le tiers de leur revenu à des prestations de services.

Si l'on peut reconnaître que, dans le domaine des biens de consommation relativement courants, règne une certaine transparence due à la pression des organisations de consommateurs et de consommatrices, force est de constater que cette transparence n'existe pas dans le domaine des services. Il existe encore, en matière d'information, un obscurantisme indigne de notre époque.

Nous ne disons pas que tous les vendeurs sont des filous et les consommateurs des innocents. Mais nous exigeons que l'on puisse être assuré de la transparence minimum nécessaire à une bonne information du consommateur qui fera son choix en toute connaissance de cause, sans qu'il risque d'être abusé par un texte illisible qui n'offre aucune comparaison possible, ou sans qu'il doive avoir une formation de juriste ou une vue particulièrement aiguisée pour lire les textes qui figurent en miniature.

Si l'on doit légiférer, Monsieur Coutau, c'est parce que des organisations professionnelles n'arrivent pas à nous offrir ce minimum de transparence spontanée que nous serions en droit d'attendre et que nous tous, en tant que consommateurs avertis, appelons de nos vœux.

Il m'a intéressé de jeter un coup d'oeil dans le message du Conseil fédéral, plus précisément en ce qui concerne la procédure de consultation. En effet, les cantons acceptent presque unanimement le projet de loi. Seul le canton de Zurich émet des réserves de principe. Tous les partis politiques acceptent le projet de loi, sauf le Parti libéral. La majorité des associations faitières se prononcent pour le projet. Les associations de salariés l'accueillent avec satisfaction. Les organisations de consommateurs le soutiennent également, certaines relevant qu'il s'agit d'un compromis.

Dès lors, nous constatons que l'Association suisse d'assurances et la Fédération des cafetiers, restaurateurs et hôteliers se sont prononcées en faveur d'une exception générale de l'obligation de déclarer pour ce qui est des services. Cela est intéressant pour la suite, non seulement en ce qui concerne les discussions, mais aussi le vote. En effet, comme l'a précisé M. Delamuraz, ce projet de loi est minimum, c'est un projet de poche.

Il sera dès lors intéressant de voir qui, dans cette assemblée, sera du côté des corporations qui refusent l'inclusion des services dans le projet de loi, et qui sera du côté des consommateurs.

cepté, en 1981, l'article constitutionnel qui nous donne aujourd'hui le mandat de légiférer.

Par conséquent, je vous encourage à accepter le projet du Conseil fédéral, afin qu'il reste un projet de poche et non pas de pochette.

Le président: Avant de donner la parole à M. Grassi, je lui souhaite un bon anniversaire puisque c'est le sien aujourd'hui. (Applaudissements)

Grassi: Die CVP-Fraktion ist mehrheitlich für den Einbezug der Dienstleistungen in die Deklarationspflicht. Die Bedenken der Minderheit sind weitgehend durch die Ausführungen der Botschaft und die ausdrücklichen Erklärungen des Bundesrates in der Kommission und im Ständerat zerstreut worden. Es ist mit Nachdruck immer wieder darauf hingewiesen worden, dass nur eine beschränkte Anzahl Dienstleistungen in Frage kommt, die objektiv vergleichbar ist und wo der Kunde besonders gut informiert sein muss. Der Bundesrat wird die wenigen Dienstleistungen in einer Verordnung bezeichnen, wobei die betroffenen Organisationen immer ein Wort mitreden können.

Wo sich die Vergleichbarkeit bereits eingespielt hat, wie bei der Hotelklassifikation – hier muss ich meinem Fraktionskollegen Dietrich widersprechen –, besteht kein Grund zur gesetzlichen Regelung. Ausgeschlossen von der Deklarationspflicht sind auch alle Dienstleistungen, die auf einer individuellen Bearbeitung fussen. Ein ständig steigender Anteil der Konsumausgaben geht in den Dienstleistungssektor. Daher ist es richtig, dass auch hier «Glasnost» gefordert wird, damit der Kunde Klarheit über die gebotene Leistung hat und seinen Entscheid nach objektivem Vergleich fällen kann.

Wir empfehlen Ihnen mit der Mehrheit der Kommission, der Fassung des Bundesrates und des Ständerates zuzustimmen.

Frau Dormann: Ist es Ihnen schon passiert, dass Sie mittags kurz vor zwölf unter der Haustüre einen Staubsauger gekauft haben, der sehr bequem und praktisch war, weil Sie ihn sitzend bedienen konnten? Erst bei der Lieferung haben Sie gemerkt, dass es sich um einen Schulhausstaubsauger handelt, der nicht sehr geeignet war für eine Zweizimmerwohnung.

Oder gehören Sie zu jenen Glücklichen, die auf einer Werbefahrt zu Engros-Preisen Fensterputzmittel gekauft haben, zehn Liter, weil günstiger, und Sie haben erst bei der Lieferung gemerkt, dass es Konzentrat ist und dass Sie mindestens für 40 Jahre mit Fensterputzmittel eingedeckt sind?

Solche Türverkäufe könnte ich Ihnen aus meiner Praxis als Sozialarbeiterin noch viele aufzählen. Nicht jede Konsumentin und jeder Konsument – denken Sie an ältere Leute – sind gleich gewiegt wie der Verkäufer unter der Türe. Nicht jede Konsumentin, nicht jeder Konsument ist so kritisch im Einkaufen, wie wir uns das vorstellen. Dass die wesentlichen Eigenschaften der zum Kauf angebotenen Waren deklariert werden müssen, ist uns wahrscheinlich allen klar. Dass aber auch die Dienstleistungen solchen Bestimmungen unterworfen werden, ist ebenso notwendig. Wir Schweizer und Schweizerinnen sind ein Volk, das ausgeprägt viele Dienstleistungen in Anspruch nimmt.

Früher war der Gang auf die Bank nur einem kleinen Teil unserer Bevölkerung vorbehalten. Heute erhält praktisch jeder Arbeitnehmer seinen Lohn über die Bank. Zunehmend ist der bargeldlose Verkehr, das System der Kredit- und Bankomatkarten. Viele Leute kommen im grossen Bankgeschäft nicht mehr mit. Sie wissen nicht, worin die Gebühren bestehen und wie die vergleichenden Zinse festgestellt werden können. Nicht zu erwähnen die vielen Kleinkreditgeschäfte.

12 Prozent des Nettoeinkommens gibt der Schweizerbürger und die Schweizerbürgerin heute für Versicherungen aus. Die meisten Leute sind übertversichert, und viele Versicherungen decken die früheren Versicherungen zur eigenen Absicherung ab. Viele Hefte und Zeitungen sowie eine Grosszahl kleiner Eintagsreisebüros preisen Pauschalreisen an, zum Beispiel mit ruhigen Zimmern und Blick aufs Meer. In Wirklichkeit geht das Zimmer eher auf die Hauptstrasse und der Blick aufs Meer

muss zuerst um die Ecke. Auch wenn der Preis der Reise günstig ist, hat der Konsument Anspruch auf eine ehrliche Offerte mit genauen Angaben.

Unsere Inanspruchnahme von Dienstleistungen beginnt beim öffentlichen Verkehr, geht über Müllabfuhr, Kaminfeger, Zahnarztbesuch, Coiffeur, Serviceleistungen für Auto, Heizung, Video, Partnerschaftsvermittlungen, chemische Reinigung bis zu Fernkursen, die das Erlernen einer Fremdsprache in 30 Tagen versprechen. Sind wir nicht gegenüber Handelspartnern, die solche Dienstleistungen seriös anbieten, verpflichtet, dieses Anliegen ernst zu nehmen und es im Konsumenteninformationsgesetz zu berücksichtigen?

Ich glaube nicht, dass ehrliche Geschäftspartner einen Nachteil erleiden, wenn auch die Dienstleistungen in Zukunft deklariert werden müssen. Ich bin aber überzeugt, dass durch dieses Gesetz die Konsumentin oder der Konsument nicht länger Objekt der zum Teil diffusen Pauschalangebotsverkäufe bleiben, sondern kritischer und überlegter einen Kauf eingehen, wenn sie wissen, was ihnen dieses Geschäft bringt. Nehmen wir unser Dienstleistungszeitalter ernst und wahr und stimmen wir den neuen Vorschriften über die Waren- und Dienstleistungsdeklaration zu.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Mme Paccolat: La déclaration de services et le soutien financier aux organisations de consommateurs représentent les pierres d'achoppement essentielles de cette loi. J'ai souscrit en commission au principe d'inclure dans la loi la notion même de services. Plusieurs bonnes raisons justifient la déclaration de services pour une meilleure information du consommateur.

Tout d'abord, en légiférant en la matière, nous sommes liés par le principe constitutionnel de la protection du consommateur. Chacun s'accorde à reconnaître qu'une protection saine implique une information objective, transparente qui, en l'occurrence, doit passer par la déclaration des biens et des services, par l'exécution de tests et la proclamation de leurs résultats.

Restons cohérents. Alors qu'il est reconnu que notre société se «consomme» de plus en plus, que le temps des loisirs gagne non seulement en qualité mais en quantité, que l'activité économique évolue vers le secteur tertiaire des services, il m'apparaît contradictoire de restreindre l'information du consommateur à la notion de biens de consommation, sans compter que le développement des nouvelles technologies associe de plus en plus les produits et les services.

Dans cette loi, la notion de services a une portée restreinte, M. Coutau l'a du reste souligné. Le Conseil fédéral s'est prudemment avancé dans ce domaine. Il offre des garanties par rapport aux risques et aux difficultés que peut présenter la déclaration des services. Première garantie: cette déclaration sera limitée à des secteurs de grande consommation qui seront définis dans l'ordonnance, par exemple les voyages à forfait, le nettoyage chimique, l'abonnement de services, le contrat d'enseignement, etc. Mais ni les assurances, ni les services médicaux, ni la banque, qui sont déjà couverts par une législation spéciale, ne sont concernés par cette disposition. Deuxième garantie: la déclaration de services, comme celle des biens, sera unifiée par voie de convention de droit privé, passée entre les organisations de consommateurs et les associations professionnelles. Ce n'est qu'exceptionnellement que la Confédération interviendra dans ces relations commerciales.

Il a été objecté que les services sont difficilement mesurables ou comparables et que leur évaluation par la méthode des tests comparatifs est discutable. Or, nous devons nécessairement traverser une phase d'expérience et de développement de la pratique des tests comparatifs dans ce domaine des services. Faisons donc confiance à la méthodologie, aux techniques expérimentales et scientifiques, aux sondages, enquêtes ou tests.

Enfin, dans le climat de référence européenne, d'introduction de compatibilités avec le droit communautaire, la directive européenne de 1985, qui s'applique aux biens comme aux services, renforce la conviction que nous devons inclure les services

ces dans cette loi. C'est pourquoi je vous invite à suivre la proposition de la majorité de la commission.

M. Borel: Prétendre garantir l'information correcte du consommateur sans y inclure les services, c'est, d'une part, refuser de voir la réalité quotidienne du consommateur et, d'autre part, lui refuser les moyens d'information dans les domaines où cela est le plus nécessaire.

Je commencerai par la réalité quotidienne où je vois deux raisons majeures d'informer le consommateur en matière de services. La première raison est la part du budget que chacun de nous consacre à des services. Cette part est importante et elle va en augmentant d'année en année. Alors que, dans nos dépenses privées, nous investissons toujours davantage en matière de services, la minorité voudrait nous refuser une information légitime.

La deuxième raison réside dans le fait que, dans la pratique, il n'est pas si simple de dissocier l'achat d'un bien de celui d'un service. Pour de nombreux achats, le consommateur conclut un contrat de crédit. Pour certains achats, il est parfaitement logique de conclure par la même occasion une assurance liée à l'utilisation du bien.

Enfin, un domaine est actuellement en pleine expansion, celui des contrats d'entretien. Ce genre de service vous est souvent proposé lors de l'achat, par exemple, d'un téléviseur ou d'un ordinateur personnel, et il mérite d'être traité par les mêmes règles légales que lors de l'achat de l'objet proprement dit.

Pour ce qui est des besoins d'information du consommateur, il est déjà difficile de se faire une opinion lorsque l'on veut acquérir un bien. Lorsque l'on désire conclure un contrat concernant un service, la question devient encore plus complexe. Dans les cas faciles, la minorité accepte que le consommateur soit informé selon des règles déontologiques; dans ceux plus difficiles, elle voudrait refuser ce droit légitime à l'information. Certes, si cela est compliqué pour le consommateur, ce le sera aussi pour le Conseil fédéral lorsqu'il devra rédiger une ordonnance. Néanmoins, nous considérons que le gouvernement et les services compétents en la matière sont parfaitement à même de régler un certain nombre de questions.

Si les milieux concernés – l'intervention de M. Dietrich l'illustre – s'opposent à l'inclusion des services dans la loi, c'est bien parce qu'il y a un malaise qu'ils ne voudraient pas voir régler par le législateur. Or, ce malaise existe depuis suffisamment longtemps pour que l'on ait eu le temps de nous donner une réponse privée.

Maintenant, nous devons légiférer car, en matière d'assurances, de crédits à la consommation et de voyages, nous méritons une information minimale. Chacun a l'occasion de conclure une assurance-ménage; mais comment comparer celle-ci à une autre? Nous sommes probablement tous, citoyens suisses et habitant ce pays, surassurés, et les assurances en profitent. Elles vivent de cette situation et c'est la raison pour laquelle elles refusent une information complète du consommateur. Nous devons donc nous, législateurs, obliger ces assurances à informer de manière correcte.

Comment pouvons-nous, simples citoyens, comprendre quelles sont les conditions offertes par ceux qui nous accordent des crédits de consommation? Les nombreuses lettres de lecteurs et les questions posées dans les pages économiques des quotidiens et des hebdomadaires prouvent que le besoin d'information des consommateurs est réel. En matière de voyages, je ne ferai allusion qu'aux prix d'appel qui semblent offrir des conditions extraordinaires de vacances et, lorsqu'on lit en détail, on constate qu'il est très difficile de remplir des conditions permettant de profiter de ces prix d'appel et que le montant réel à payer est nettement plus élevé.

Pour toutes ces raisons, je vous invite à suivre la majorité de la commission et à inclure les services dans la loi en discussion.

Wiederkehr: Ich möchte kurz zu diesen Dienstleistungen Stellung nehmen. Für mich ist ganz klar: Wenn Sie die Dienstleistungen nicht miteinbeziehen, dann wird der Volkswille, der Verfassungsauftrag nicht erfüllt. Und wenn Sie die Dienstleistungen hier im A nicht miteinbeziehen, dann ist die logische Folge, dass Sie es bei B auch nicht machen. Das würde dann

heissen: kein Widerrufsrecht für Dienstleistungen – während rings um uns herum in Europa dieses Widerrufsrecht verankert ist.

Das wird für unsere Wirtschaft, für unsere Unternehmen, für unsere Dienstleistungsunternehmen gefährlich werden: Wenn es hier kein Widerrufsrecht gibt, aber ennet der Grenze eines vorhanden ist, dann wird sich ein Konsument oder eine Konsumentin zweimal überlegen, ob er bzw. sie eine Dienstleistung hier in der Schweiz beanspruchen will – oder eben nicht doch lieber ennet der Grenze. Es werden dann z. B. Reisen nicht mehr in der Schweiz gebucht, sondern in Mailand oder im Elsass oder sonstwo im angrenzenden Ausland, wo bessere Konsumentenrechte bestehen.

Ich bitte Sie, daran zu denken und diese Dienstleistungen miteinzubeziehen.

Hafner Rudolf: Es geht beim Einbezug der Dienstleistungen um einen Kernpunkt des Gesetzes: Daher ist es schon gut, wenn eine ausführliche Debatte darüber stattfindet.

Herr Coutau beantragt für die Minderheit der Kommission, die Dienstleistungen nicht einzubeziehen. Er hat das begründet, dass Dienstleistungen schlecht vergleichbar seien. Damit liegt er in zweifacher Hinsicht falsch, weil es eben Dienstleistungen gibt – z. B. die Touristenbranche, die Reisebüros –, die sehr wohl Vergleiche zulassen. Wenn Sie die Hochglanzprospekte dieser Reisebüros anschauen, können Sie den Eindruck gewinnen, dass der Sandstrand und die üppigen Frauenformen das Wesentliche an Konsumenteninformation sei. Genauere Sachverhalte über Raumverhältnisse usw. lesen Sie, wenn überhaupt, im Kleingedruckten. Hier ist es offensichtlich so, dass die Materie relativ einfach wäre und Verbesserungen ohne weiteres möglich wären.

Ein anderer wichtiger Bereich sind die Versicherungen: Die dominieren allein schon aufgrund ihrer repräsentativen Paläste. Tatsächlich ist es so, dass der sogenannte Cecchini-Bericht, der im Auftrag der EG erstattet wurde, festgestellt hat, dass die Prämien der Versicherungen europaweit um 15 bis 25 Prozent zu hoch sind. Im Klartext heisst das: Wenn bessere Vergleichsmöglichkeiten vorhanden wären, würde der eine oder andere die günstigere Versicherung wählen; das ist offensichtlich. Wenn die Versicherungen allein in den letzten zwei Jahren in der Lage waren, weltweit für Milliardenbeträge andere Gesellschaften aufzukaufen, so muss das zu denken geben. Es ist ein grösserer Bericht darüber im «Tages-Anzeiger» erschienen, der darauf eingeht.

Ein weiteres Faktum von Interesse: Für das Kleingeschäft in der Schweiz war es so, dass rund 44 Prozent der Prämien an Schaden rückerstattet wurden; dagegen wurden im sogenannten Grossgeschäft, wo es um die Firmen geht, 81 Prozent zurückbezahlt. Das heisst, dass der kleine Bürger oder die Bürgerin den Grossen, den Industriellen die Prämien im Versicherungsgeschäft zu zahlen mithilft. Das ist noch kaum bekannt, aber von seiten des Volkes wird das nicht länger hingenommen.

Es ist höchste Zeit, dass im Bereich des Versicherungsgeschäftes mehr Transparenz entsteht. Es ist daher eine falsche Schlussfolgerung, wenn Herr Coutau sagt: Diese Dienstleistungen sind schlecht vergleichbar, darum wollen wir diese Vergleichbarkeit nicht. Es ist doch im Gegenteil so, dass dort, wo ein unübersichtlicher, obskurer Markt besteht, die Konsumenteninformation spielen und mehr Transparenz geschaffen werden muss.

Fäh: Ich möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, dass die Kommission mit dem denkbar knappsten Ergebnis dieser Aufnahme von Dienstleistungen zugestimmt hat: Zehn Kommissionsmitglieder waren dagegen und zehn dafür; nur der Stichentscheid des Präsidenten hat zu diesem Entscheid geführt.

Wir haben das Ganze in der Kommission sehr ausgiebig diskutiert. Es ist eigenartig, dass jetzt alle im Namen der Kommissionmehrheit reden. Es gibt gute Gründe, die gegen die Aufnahme dieser Dienstleistungen in dieses Gesetz in der vorgesehenen Form sprechen.

Eine erste Bemerkung: Herr Coutau wendet sich gegen den

Einbezug der Dienstleistungen in der vorgesehenen Form. Ich persönlich bin gegen den Einbezug der Dienstleistungsdeklarationen. Ich habe nichts dagegen einzuwenden, wenn Dienstleistungen getestet werden; das ist etwas anderes.

Zudem wird hier und da gesagt, die Bundesverfassung, das Volk wolle das. Also das wissen Sie überhaupt nicht, ob das Volk das will oder nicht. Die Bundesverfassung sagt nämlich nur: «Der Bund trifft unter Wahrung der allgemeinen Interessen der schweizerischen Gesamtwirtschaft und der Handels- und Gewerbefreiheit Massnahmen zum Schutze der Konsumenten.» Vergessen Sie also den ersten Teil dieses Verfassungsartikels nicht, und reden Sie nicht immer nur vom zweiten!

Die Deklarationspflicht bei Waren hat sich eingespielt. Da bin ich einverstanden. Aber wenn man das genau anschaut, stützt sie sich auf bestehende Gesetze: Lebensmittelgesetz, Umweltschutzgesetz, Giftgesetz, um drei zu nennen. Dass die Deklarationspflicht aktualisiert werden muss, damit bin ich einverstanden.

Die Aufnahme von Deklarationspflichten für Dienstleistungen hingegen ist sehr problematisch. Ich bin auch da einverstanden, dass es Dienstleistungen gibt, bei denen man über Deklarationspflichten reden muss; das ist richtig, es wurden ein paar genannt, Kleinkredite zum Beispiel. Aber wenn Sie den Gesetzestext genau anschauen, wird dort gesagt, dass der Bundesrat die Kompetenz bekommen soll, das zu regeln.

Meiner Meinung nach geht es nicht an, dass der Bundesrat auf Verordnungsebene Dienstleistungen diesem Gesetz unterstellen kann. Wenn man ausnahmsweise Dienstleistungen unterstellen will, dann muss man das in der entsprechenden Spezialgesetzgebung regeln und darf es nicht mit einer generellen Kompetenzklausel einführen.

Mich erstaunt, wie unkritisch man glaubt, man müsse einfach ein Gesetz erlassen, und dann sei alles gut. Und wie unkritisch man sich gegenüber staatlichen Stellen verhält, die man in anderen Bereichen sehr kritisiert; dabei ist es der genau gleiche Staat! Wir erlassen Gesetze über Gesetze und jammern nachher über den Vollzug. Wir würden besser überlegen, ob es schlau ist, das Gesetz zu erlassen. Behandeln wir doch unsere mündigen Bürger als mündige Bürger und nicht als Kindergarten, und regeln wir nur das, was notwendig ist. Regelungen der Dienstleistungen in der vorgesehenen Form gehören nicht dazu.

Frau Leutenegger Oberholzer: Ich ersuche Sie ebenfalls, den Minderheitsantrag abzulehnen und die Deklaration der Dienstleistungen im Gesetz zu belassen. Das Herausbrechen der Dienstleistungsdeklaration würde meines Erachtens einen entscheidenden Einbruch im Ausbau der Konsumenteninformation darstellen. Das wäre aus konsumentenpolitischer Sicht äusserst bedauerlich, denn meines Erachtens stellt das Gesetz, wie es jetzt vorliegt, in bezug auf die Deklarationsvorschriften ein Minimum dar. Wir haben keine inhaltlichen Vorschriften. Inhalt und Umfang der Deklaration werden den Marktpartnern und -partnerinnen überlassen; wir haben nicht einmal verbindliche Fristen, bis zu denen die Vereinbarungen über die Deklaration zustande kommen müssen.

Persönlich hätte ich mir ein wesentlich griffigeres Informationsgesetz vorstellen können und auch gewünscht. Was uns heute vorliegt, ist das absolute Minimum eines Konsumenteninformationsgesetzes. Nun kommt ausgerechnet von einer Seite, die sich eigentlich auf die Marktwirtschaft berufen sollte, der Antrag, diese Minimalregelung weiter auszuhöhlen, indem die Dienstleistungen ausgeklammert werden.

Das ist meines Erachtens politisch und sachlich falsch. Dazu ein paar Gründe. Erstens: Die Dienstleistungen werden ökonomisch immer wichtiger. Verschiedene Rednerinnen und Redner haben bereits darauf hingewiesen. Sie machen einen immer grösseren Anteil im Warenkorb der Konsumentinnen und Konsumenten aus.

Zweitens: Bei den Dienstleistungen ist es noch sehr viel schwieriger als bei den Waren, Markttransparenz herzustellen. Denken Sie z. B. an Bankleistungen, an Versicherungsangebote, an die Reisebranche usw. Zudem werden immer mehr

angeboten. Es ist doch längst nicht mehr so, dass es sich bei den Dienstleistungen um absolut individuelle Angebote handeln würde. Dies erleichtert natürlich auch die Warendeklaration. Zudem wird die Deklaration von den Marktpartnern und -partnerinnen im einzelnen ausgearbeitet. Hier möchte ich Herrn Dietrich doch bitten, die Vorlage einmal genau anzuschauen. Es ist beileibe nicht so, dass der Bundesrat vorschreiben würde, was im einzelnen deklariert wird. Das wird im Rahmen einer privatrechtlichen Vereinbarung zwischen den Organisationen der Wirtschaft und der Konsumentinnen und Konsumenten ausgearbeitet. Da wird man wohl einen Weg finden können, wie auch die Dienstleistungen vernünftig deklariert werden können.

Ich finde es besonders bemüht, wenn – wie Herr Fäh das gemacht hat – noch die Handels- und Gewerbefreiheit angerufen wird. Die Handels- und Gewerbefreiheit entspricht auf der anderen Seite dem Ordnungsprinzip der Marktwirtschaft. In der Marktwirtschaft gehen wir doch von rational handelnden Konsumentinnen und Konsumenten aus. Dazu gehört als unabdingbare Voraussetzung Markttransparenz, denn ohne sie ist ein rationaler Kaufentscheid gar nicht möglich. Gerade diese Markttransparenz fehlt sehr oft bei den Dienstleistungen.

Genau aus diesem Grund erstaunt es mich auch, dass ausgerechnet von bürgerlicher Seite ein solcher Streichungsantrag kommt, denn gerade diese Markttransparenz gehört, wie gesagt, zentral zur Marktwirtschaft. Deshalb müssen auch die Dienstleistungen deklariert werden, wenn dieses Gesetz den Namen eines Konsumenteninformationsgesetzes zu Recht tragen soll.

Ich bitte Sie also, der Mehrheit zu folgen.

M. Petitpierre: Le groupe radical, dans sa majorité, est favorable à l'inclusion des services dans la loi. C'est une chose que j'ai déjà dite clairement mais je la répète pour qu'il n'y ait aucune ambiguïté à ce stade du débat.

Après avoir entendu MM. Coutau et Dietrich notamment, je voudrais simplement revenir sur un point absolument essentiel – je n'insisterai jamais assez là-dessus (je m'adresse aussi à M. Fäh): le texte de la constitution, à l'article 31sexies, alinéa premier, est clair. Cet article ne fait pas de distinction entre la protection des consommateurs de biens et celle des consommateurs de services. C'est donc que, dans l'optique du constituant, la protection des consommateurs doit intervenir dans les deux domaines de façon adéquate mais non pas identique, car les biens et les services sont deux choses distinctes et je remercie au passage M. Coutau de nous l'avoir expliqué. C'est si vrai que le législateur propose ici un système pour les biens et un autre pour les services. C'est le point que je tiens à souligner, je le répète. Il n'est pas question ici d'invoquer une volonté hypothétique et inconnue du peuple: la volonté du peuple veut que l'on respecte la constitution. Or, la constitution est claire et je ne comprends pas que l'on puisse encore discuter de la volonté du peuple ou de celle du constituant. Il faut appliquer le texte.

Je ferai une deuxième remarque. Le Conseil fédéral a si bien fait son travail en distinguant les biens et les services qu'il précise quels services seront soumis à la déclaration parce qu'il sait que certains d'entre eux ne s'y prêtent pas. On peut évidemment commencer le débat traditionnel: «Le Conseil fédéral actuel, d'accord, mais plus tard?» Si nous continuons dans cette voie, nous ne nous lèverons bientôt plus le matin! Il ne faut pas faire ces procès d'intention! Le Conseil fédéral contrôle la liste des services soumis à la déclaration, c'est une garantie tout à fait suffisante.

Je vous prie, par conséquent, de respecter la constitution et, pour le surplus, j'appuie tout ce qui a déjà été dit en matière d'inclusion des services dans la protection et l'information des consommateurs.

Vollmer: Ich möchte auch dafür plädieren, dass man die Dienstleistungen hier mit einschliesst. Ich war ein bisschen überrascht, als ich der Argumentation der Minderheit zugehört habe. Sie hat es offensichtlich darauf abgesehen, den Rat zu

Herr Dietrich hat an einem Beispiel gezeigt, wie man in Deutschland versucht hat, Hotels auf ihre Qualität zu testen, wobei gewisse Schwierigkeiten auftraten. Mag sein, dass gewisse Dienstleistungen im Bereiche der Tests nicht über alle Zweifel erhaben sind und nicht miteinander verglichen werden können.

Herr Fäh andererseits argumentiert, dass er Tests für Dienstleistungen selbstverständlich vollumfänglich einbezogen haben möchte, dass er das aber bei der Deklaration nicht will.

Das zeigt offensichtlich, dass man sich bei der Minderheit nicht im klaren ist, welche Bedeutung die Deklaration auch für den Bereich der Dienstleistungen hat.

Es ist doch in Wirklichkeit so, dass für den Konsumenten gerade im Bereiche der Dienstleistungen eigentlich ein altes, praktisches Prinzip immer mehr unter den Tisch fällt, nämlich das Prinzip, dass man eine Ware prüft, bevor man sie kauft. Bei einer Ware können Sie das noch einigermaßen machen. Da können Sie das vielleicht noch selber prüfen, sie können sie in der Hand halten, sie können sie umdrehen, hineinschauen und dann entscheiden, ob Ihnen diese Ware passt oder nicht. Bei den Dienstleistungen ist der Konsument insofern in einer viel schwierigeren Situation, als er einen Vertrag abschliesst und das Produkt dann vielleicht erst einen Monat, ein Jahr oder drei Jahre später vor die Augen bekommt, dann, wenn die Dienstleistung in Anspruch genommen wird. Es fehlt ihm also die Möglichkeit, selber zu schauen, ob die Ware gut ist oder nicht. Deshalb ist es ausserordentlich wichtig, gerade die Dienstleistungen in die Deklarationspflicht einzubeziehen.

Ein Streichen der Dienstleistungen würde bedeuten, dass wir bei dem Gesetz von allem Anfang an dafür sorgen, dass sein Wirkungsgrad kontinuierlich abnimmt. Wir wissen nämlich, dass der Anteil der Dienstleistungen bei den Konsumentenausgaben massiv zunimmt. Mit der Streichung der Dienstleistungen aus der Deklaration würden wir dafür sorgen, dass ein immer kleinerer Teil der Konsumausgaben tatsächlich dem Deklarationsprinzip unterworfen ist.

Ich möchte einen Gedanken aufnehmen, den Frau Leutenegger Oberholzer schon angesprochen hat. Ich bin auch überrascht, dass gerade die Vertreter, die sich sonst immer so für die Marktwirtschaft stark machen, bei den Dienstleistungen plötzlich eine Ausnahme machen und die Dienstleistungen nicht dem Prinzip der Transparenz, der Offenheit, der Deklaration unterwerfen wollen. Hat man denn in den Bereichen und bei Kreisen, die die Minderheit vertritt, Angst, dass die so vielgelobte Marktwirtschaft tatsächlich spielt? Wer für die Marktwirtschaft eintritt, muss auch dafür eintreten, dass der Markt funktioniert. Zum Funktionieren des Marktes gehört auch, dass der Konsument, der Nachfrager die Produkte vergleichen kann. Und um Dienstleistungen zu vergleichen, braucht er auch eine Deklaration.

Ich bitte Sie darum, den Minderheitsantrag abzulehnen. Wenn wir ihm zustimmen – ich habe es gesagt –, schwächen wir das Gesetz für alle Zukunft. Wir geben ihm von jetzt an auch eine kleinere Bedeutung. Es darf doch nicht der Wille des Gesetzgebers sein, etwas zu beschliessen, von dem wir wissen, dass es in Zukunft immer weniger Bedeutung haben wird.

Neukomm, Berichterstatter: Es geht hier um den wichtigen Grundsatz, ob nur Waren oder auch Dienstleistungen deklariert werden sollen. Herr Petitpierre hat darauf hingewiesen: Wir haben im Grunde genommen nicht nur eine, sondern zwei Sicherungen, dass nicht leichtfertig verordnet wird. Einerseits haben wir in Artikel 2 klar umschrieben, dass jede Deklaration im Interesse des Konsumenten liegen muss. Andererseits haben wir auch ganz klar festgehalten, dass der Bundesrat die Dienstleistungen bezeichnen kann. Also sind gewisse Einschränkungen vorhanden.

Herr Dietrich hat erklärt, was deklariert werden solle, fehle ihm. Ich begreife seinen Standpunkt, aber hier geht es um die Gesetzgebung. Dabei sollen Grundsätze verankert werden. Wir wollen die Möglichkeit schaffen, dass auch auf freiwilliger Basis, in freiwilliger Uebereinkunft eine Deklaration geschaffen werden kann bei Dienstleistungen dort, wo es für seriöse, wettbewerbswillige Anbieter und für die interessierten Konsumenten

barung kommt, obwohl es unbedingt zweckmässig wäre, kann der Bundesrat respektive das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement auf dem Verordnungsweg in gewissen Fällen auch die Deklarationen bezeichnen.

Wir haben 1979, 1980, 1981 bei der sehr breiten Diskussion des Verfassungsartikels immer wieder darauf hingewiesen, dass mit der Gesetzgebung die Grundlagen für Waren- und Dienstleistungsdeklarationen geschaffen werden müssen. Es ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit des Parlaments, ob wir jetzt, nach neun Jahren, Einschränkungen machen oder den Verfassungsauftrag ernst nehmen.

Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

M. Pidoux, rapporteur: Le débat s'est dramatisé au cours des dernières interventions et la guerre de religion des services a débuté car, sur ce point-là, on se fait beaucoup d'illusions. On vous l'a dit, les avis étaient partagés au sein de la commission, mais cette question des services n'a pas été l'objet d'un enjeu au Conseil des Etats.

Nous parlerons dans un instant du contenu de la déclaration. D'après le message (page 19 du texte français) «la déclaration doit informer le consommateur des conséquences, d'un produit ou d'un service, du point de vue économique, sanitaire, énergétique et écologique lié à la consommation ou à l'usage du produit». C'est donc une déclaration ambitieuse requise par le Conseil fédéral. Certains ont dit que les conditions de cette déclaration pouvaient être envisagées pour un produit, mais pas pour un service, qu'il était hors de question d'envisager la qualité des services d'un médecin ou d'un avocat.

M. le conseiller fédéral nous a déclaré en commission que «raisonner ainsi serait d'une stupidité sans borne, car il était évident que telle n'était pas la volonté du Conseil fédéral». En d'autres termes, l'obligation de la déclaration ne s'appliquerait qu'à un certain nombre de services désignés dans une ordonnance et pas à tous – cela résulte de l'article 2, alinéa premier – et faute d'accord entre les parties – cela résulte de l'alinéa 4.

Quels seraient ces services visés? Paradoxalement ces services ne devraient pas être personnalisés. En page 10 du message du Conseil fédéral, on précise que l'on ne vise que les services qui: «comme des marchandises sont proposés en nombre illimité», donc pas en nombre limité comme les services d'un médecin ou d'un avocat, «à des conditions standardisées et avec un contenu unifié», et de citer: voyages forfaitaires, nettoyage chimique, abonnements de service et contrats portant sur des cours. De toute manière un certain nombre de services ne seront pas touchés par la loi, comme les services d'une assurance, les services médicaux, ceux d'une banque, qui ressortissent à des lois bien précises qui assurent les droits aux consommateurs.

Dès lors, même si j'appartiens à la minorité, au nom de la majorité de cette commission, compte tenu des explications raisonnables qui ont été données et du côté très limité des conséquences de l'inclusion des services, je vous invite à suivre le texte de la majorité.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Je suis parfaitement d'accord avec M. Coutau: il faut faire une distinction entre les biens et les services et c'est précisément pour cette raison que le Conseil fédéral vous propose de les traiter différemment dans le cadre de cette loi et de l'ordonnance d'application, mais pas de les exclure comme le proposent M. Coutau ainsi qu'une robuste minorité de la commission.

A l'article 2, dont nous traiterons tout à l'heure, cette différence entre biens et services apparaît très clairement en ces termes: «a) les caractéristiques essentielles des biens mis en vente ou dont l'usage est proposé à des tiers; et b) les éléments essentiels des services désignés par le Conseil fédéral.» La loi précise donc d'ores et déjà qu'il y a une délimitation plus étroite pour les services que pour les biens auxquels la déclaration s'applique de manière générale.

Par conséquent, dans une économie moderne où le nombre des services qui sont commercialisés ne cesse de croître, pourquoi se priverait-on, d'entrée de cause et *a priori*, de la possibilité d'assortir certains services de déclarations alors

sont encore plus utiles et même plus indispensables pour les services que pour les biens? C'est à cette question que nous devons répondre dans le sens d'une possibilité d'assortir un certain nombre de services à la déclaration d'intention.

Le texte du message du Conseil fédéral indique clairement que, par leur nature, un certain nombre de biens ne se prêtaient absolument pas à déclaration. Nous avons donc éliminé d'emblée l'éventualité que certains milieux reprochent au Conseil fédéral de vouloir soumettre à déclaration, avec une rage destructrice, tous les biens et tous les services sans aucune exception. Comme l'a rappelé le rapporteur de langue française, nous définissons, à la page 10 du message, les critères selon lesquels tel ou tel service sera ou non soumis à déclaration. Et, allant au-delà de ces critères théoriques, nous avons donné quelques exemples qui prouvent la volonté du Conseil fédéral de n'assujettir à déclaration que les cas de services où cela a un sens et où cela peut être nécessaire. On a pris l'exemple des voyages à forfait, où les déclarations concerneraient avant tout la durée du voyage ou du séjour et certaines prestations accessoires comme l'assurance contre les frais d'annulation. Que signifient les mots «Vienne 5 jours!» Est-ce cinq jours à Vienne plus un jour de voyage aller et un jour de voyage au retour? Ou bien est-ce cinq jours, voyage compris? Autre exemple, les cours par correspondance, pour lesquels les critères de déclaration que l'on devrait envisager sont la durée de ces cours, la nature du certificat dispensé à la fin, les prestations accessoires. Dans le cadre du petit crédit, après le rejet de la loi sur les crédits à la consommation, les organisations de consommateurs souhaitent également une déclaration dans la publicité pour les petits crédits.

Il ne s'agit que de cela, et vouloir se priver de cette possibilité, dont le Conseil fédéral fera un usage mesuré mais nécessaire, c'est véritablement trahir, qu'on le veuille ou non, l'esprit et la lettre de la décision constitutionnelle du peuple et des cantons d'il y a maintenant neuf ans.

Je vous invite à ne pas commettre cette bétise et à suivre par conséquent la majorité de votre commission.

Le président: Nous allons procéder à un vote par appel nominal sur l'article premier. Ce vote porte également sur les articles 2, 3, 4, 5, 8, 10, 11 et 13.

Namentliche Abstimmung – Vote par appel nominal

Für den Antrag der Mehrheit stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition de la majorité:

Aguet, Ammann, Antille, Baerlocher, Baggi, Bär, Bäumlín, Béguelin, Biel, Blatter, Bodenmann, Borel, Braunschweig, Bremi, Brügger, Bundi, Bürgi, Büttiker, Caccia, Carobbio, Cavadini, Cumberg, Cotti, Couchepin, Danuser, Darbellay, David, Déglise, Diener, Dormann, Dubois, Ducret, Düni, Eggenberg-Thun, Engler, Etique, Fehr, Feigenwinter, Fierz, Fischer-Sursee, Frey Claude, Gardiol, Grassi, Grendelmeier, Günter, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Haller, Hänggi, Hess Peter, Hildbrand, Hubacher, Jaeger, Jeanprêtre, Keller, Kohler, Kuhn, Kühne, Lanz, Ledergerber, Leuenberger-Solothurn, Leutenegger Oberholzer, Longet, Maeder, Martin, Mauch Ursula, Meier Fritz, Meier-Glatfelden, Meizoz, Müller-Aargau, Müller-Meilen, Nabholz, Neukomm, Nussbaumer, Oehler, Ott, Paccolat, Perey, Petitpierre, Philipona, Pini, Pitte-loud, Rebeaud, Rechsteiner, Reimann Fritz, Ruckstuhl, Ruf, Salvioni, Savary-Fribourg, Scheidegger, Schmid, Schmidhalter, Schnider, Schüle, Segmüller, Segond, Spielmann, Stamm, Stappung, Stocker, Theubet, Ulrich, Vollmer, Wanner, Weder-Basel, Wellauer, Widmer, Widrig, Wiederkehr, Zbinden Hans, Züger, Zwygart (113)

Für den Antrag der Minderheit (Coutau) stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition de la minorité (Coutau):

Aliesch, Allenspach, Aregger, Basler, Berger, Bühler, Burckhardt, Cincera, Coutau, Daepf, Dreher, Eisenring, Fäh, Fischer-Hägglingen, Frey Walter, Friderici, Früh, Giger, Graf, Guisin, Hori, Hori-Otto, Häfeli, Heymard, Jeanneret, Koch, Le

retan, Luder, Massy, Mauch Rolf, Mühlemann, Müller-Wili-berg, Nebiker, Neuenschwander, Pidoux, Reich, Reichling, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Rutishauser, Rüttimann, Rychen, Scherrer, Schwab, Seiler Hanspeter, Spoerry, Stein-egger, Stucky, Weber-Schwyz, Wyss Paul, Wyss William, Zölch, Zwingli (53)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Dietrich, Eggly, Gros, Guinand, Leuba, Portmann, Spälti (7)

Abwesend sind die folgenden Ratsmitglieder – Sont absents:

Aubry, Auer, Bircher, Blocher, Bonny, Cevey, Eppenberger Susi, Euler, Fankhauser, Fischer-Seengen, Herczog, Humbel, Iten, Jung, Leuenberger Moritz, Maitre, Matthey, Sager, Savary-Vaud, Seiler Rolf, Steffen, Thür, Tschuppert, Uchtenhagen, Zbinden Paul, Ziegler (26)

Präsident Ruffy stimmt nicht

M. Ruffy, président, ne vote pas

Art. 2

Antrag der Kommission

Abs. 1

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

..., so sind die wesentlichen Eigenschaften der zum Kauf oder Gebrauch angebotenen Waren in vergleichbarer Form zu deklarieren.

a. Streichen

b. Streichen

Abs. 2 – 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 5 (neu)

Die Deklaration erfolgt in den Amtssprachen der Schweiz.

Art. 2

Proposition de la commission

Al. 1

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

... le justifie, les caractéristiques essentielles des biens mis en vente ou dont l'usage est proposé à des tiers, doivent être indiquées sous une forme unifiée et permettant les comparaisons.

a. Biffer

b. Biffer

Al. 2 – 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 5 (nouveau)

La déclaration est indiquée dans les langues officielles de la Suisse.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 3

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

Antrag Vollmer

.... Sie berücksichtigen dabei die internationalen Normen, diejenigen der EG sowie den Grundsatz

Art. 3**Proposition de la commission****Majorité**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

.... la déclaration de biens, en respectant

Proposition Vollmer

.... en respectant les normes internationales et celles de la Communauté européenne ainsi que le principe

Vollmer: Mein Antrag, dass die betroffenen Organisationen, die privatrechtliche Vereinbarungen bezüglich der Deklaration abschliessen, nicht einfach generell internationale Normen, sondern speziell auch die Richtlinien, die Normen der Europäischen Gemeinschaft berücksichtigen sollen, ist nicht etwa überflüssig.

Wie ich von einigen zu hören bekam, sei es ein Pleonasmus, internationale Normen und diejenigen der EG aufzuführen. Dies trifft aber nicht zu: Wenn wir ausdrücklich festhalten, dass die Vereinbarungen, Richtlinien und Normen, wie sie heute in der EG gelten, berücksichtigt werden sollen, ist das eine ganz klare Vorgabe für die Deklarationspflicht.

Ich kann dem Bundesrat zugute halten, dass er damals, als er die Vorlage ausgearbeitet hat, noch nicht ausdrücklich auf die EG-Richtlinien hinweisen konnte, weil sie, als die Expertenkommission diesen Entwurf erarbeitet hat, noch gar nicht in der Art und Weise, wie sie heute vorliegen, existiert haben. Aber beim langen Gang der Gesetzgebung sollten wir auch die Entwicklungen, die in Europa seither stattgefunden haben, nicht ausser acht lassen. Wenn wir uns in dieser Session in diesem Rat verschiedentlich zu einer gewissen Anpassung bekannt haben und einer Berücksichtigung derjenigen Richtlinien und Normen, wie sie in der EG gelten, zugestimmt haben, sollten wir das ganz besonders auch im Bereich des Konsumentenrechtes tun.

Es ist eine Übernahme von europäischen Richtlinien, die unsere Wettbewerbsfähigkeit in keiner Weise schmälert oder einschränkt, im Gegenteil. Wir schaffen im Grunde genommen gleich lange Spleesse, auch für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie, unserer Hersteller auf dem europäischen Markt. Ich bitte Sie deshalb, diesen Zusatzantrag anzunehmen und damit ganz klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen, dass wir uns als Vorgabe nicht nur allgemeine, zum Teil recht schwammige internationale Normen und Vorgaben vorstellen, sondern dass wir in der Deklarationspflicht so weit gehen wollen, wie das in der Europäischen Gemeinschaft heute gang und gäbe ist. Das ist das absolute Minimum, so wie dieses Gesetz ein absolutes Minimum darstellt.

Das ist nicht zuletzt auch deshalb eine Notwendigkeit, weil der Warenaustausch zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft äusserst intensiv ist. Deshalb scheint es mir nur folgerichtig zu sein, dass wir die Richtlinien und Normen der Europäischen Gemeinschaft in der Deklarationspflicht, in unseren Vorgaben für die privatrechtlichen Vereinbarungen übernehmen.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Neukomm, Berichterstatter: Bestehende ausländische Deklarationen sollen übernommen werden, wenn sie unseren Vorstellungen und Bedürfnissen entsprechen. Wir wollen mit dem Konsumentenschutzgesetz keine Handelshemmnisse schaffen, deshalb auch die Formulierung, dass die Deklarationen «internationale Normen» zu berücksichtigen haben. Unter «internationale Normen» fallen selbstverständlich auch europäische Normen.

Es stimmt tatsächlich, dass in den letzten zwei Jahren die Europäisierung der Märkte und vor allem die Diskussion um die

gewonnen haben. Herr Vollmer will die Formulierung präziser fassen, ergänzen durch diejenigen der EG. Der Rat soll entscheiden. In der Kommission wurde darüber nicht diskutiert. Ich persönlich hätte dagegen nichts einzuwenden.

M. Pidoux, rapporteur: La proposition de M. Vollmer n'a pas été soumise à la commission. Cependant, le projet de texte du Conseil fédéral indique clairement que les déclarations étrangères qui devront accompagner les biens et les services seront reconnues en application de l'article 2, alinéa 3. Nous avons voulu ainsi marquer notre désir d'avoir une législation conforme au libre-échange international et aux contacts avec l'étranger qui font la force de notre pays. Dès lors, comme il est évident que nous devons respecter les normes internationales, je dirai à titre personnel que la proposition de M. Vollmer est un peu curieuse et superfétatoire. Si nous acceptons la formulation qui nous est suggérée dans cette loi, pourquoi ne l'insérerions-nous pas dans tous les autres textes que nous adoptons? Je rappelle que le contenu de la déclaration sera visible, par exemple sous forme d'étiquette, comme cela existe pour les textiles ou sur l'emballage d'un produit, comme c'est le cas pour les denrées alimentaires, ou encore sur un mode d'emploi, comme pour les appareils électroménagers. Par conséquent, la proposition Vollmer est l'objet d'une appréciation que nous laissons à l'ensemble du Conseil.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Tout bien considéré, je propose au plénum d'en rester à la formule du Conseil fédéral; non parce que je ne suis pas parfaitement d'accord avec M. Vollmer quant à la substance de son propos, car il est évident que le respect des normes internationales équivaudra, en l'occurrence, à se préoccuper particulièrement des normes européennes, notamment communautaires, si nous voulons accomplir un travail cohérent, mais parce que je pense que si l'on éprouve le besoin de devoir préciser ici la notion de la Communauté européenne, on ne manquera pas de relever une certaine hétérogénéité dans nos lois puisque beaucoup d'entre elles pourraient également contenir cette référence. Il faut conclure d'une manière tout à fait générale et comprendre dans les «normes internationales» également les «normes européennes». Cette déclaration gouvernementale étant effectuée, je vous propose à la réflexion d'en rester à la thèse du Conseil fédéral.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Vollmer
Dagegen

Minderheit
offensichtliche Mehrheit

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

Art. 4**Antrag der Kommission****Abs. 1**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2**Mehrheit**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

...., wer die Ware in Verkehr bringt.

Art. 4**Proposition de la commission****Al. 1**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2**Majorité**

Minorité

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

.... qui met en vente la marchandise.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 5

Antrag der Kommission

Abs. 1 Einleitungssatz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 1 Bst. a

a. die objektive und fachgerechte Konsumenteninformation durch Veröffentlichungen in gedruckten oder elektronischen Medien;

Abs. 1 Bst. b

Mehrheit

b. die Durchführung von vergleichenden Tests über wesentliche und eindeutig erfassbare Eigenschaften von Waren und über den wesentlichen Inhalt von Dienstleistungen;

Minderheit

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

b. und eindeutig erfassbare Eigenschaften von Waren;

Abs. 1 Bst. c

c. das Aushandeln von Vereinbarungen über Deklarationen.

Abs. 1 Bst. d

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Der Bund kann Finanzhilfe nach Absatz 1 Buchstabe a und b auch andern Organisationen von gesamtschweizerischer Bedeutung gewähren, die sich statutengemäss unter anderem dem Konsumentenschutz widmen.

Antrag Nabholz

Abs. 1

Der Bund gewährt Konsumentenorganisationen, deren Tätigkeit von gesamtschweizerischer Bedeutung ist und die sich statutengemäss ausschliesslich dem Konsumentenschutz widmen,

Antrag Leutenegger Oberholzer

Abs. 1

Der Bund gewährt

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Jeanprêtre

Abs. 1

Der Bund gewährt Konsumentenorganisationen Finanzhilfe von höchstens 75 Prozent der anrechenbaren Kosten für:

Antrag Dormann

Abs. 2

Streichen

Art. 5

Proposition de la commission

Al. 1 phrase introductive

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 1 let. a

a. L'information objective et correcte des consommateurs par la presse ou les médias électroniques;

Al. 1 let. b

b. L'exécution de tests comparatifs portant sur les caractéristiques essentielles et compréhensibles de biens et les éléments essentiels de services;

Minorité

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

b. de biens;

Al. 1 let. c.

c. La négociation de conventions sur des déclarations.

Al. 1 let. d

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

...., lettres a et b, à d'autres organisations d'importance nationale, qui se consacrent statutairement, entre autres, à la protection des consommateurs.

Proposition Nabholz

Al. 1

La Confédération accorde aux organisations de consommateurs dont l'activité est d'importance nationale et qui se consacrent statutairement et exclusivement à la protection des consommateurs

Proposition Leutenegger Oberholzer

Al. 1

La Confédération accorde

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Jeanprêtre

Al. 1

La Confédération accorde aux organisations de consommateurs jusqu'à concurrence des 75 pour cent des frais pris en compte,

Proposition Dormann

Al. 2

Biffer

Abs. 1 – Al. 1

Frau **Nabholz**: Artikel 5 Absatz 1 hat innerhalb und ausserhalb der Kommission zu langwierigen Diskussionen Anlass gegeben. Das hing mit dem Begriff «Konsumentenorganisationen von gesamtschweizerischer Bedeutung» zusammen. Wenn man diese Formulierung eng interpretiert, heisst das doch nichts anderes, als dass Finanzhilfe nur an Organisationen geleistet wird, die sich auch eine gesamtschweizerische Struktur gegeben haben, oder mit anderen Worten: Kriterium für Subventionen bilden in erster Linie die Organisationsform und die Statuten eines Verbandes und nicht das, was dieser Verband leistet. Das Gefäss wird dadurch wichtiger als der Inhalt. Das ist eine ausgesprochen formalistische Sichtweise.

Hinzu kommt, dass nach der Formulierung, wie sie von Bundesrat und Kommission vorgeschlagen wird, heute nur gerade zwei Organisationen die gesetzlichen Anspruchsvoraussetzungen erfüllen würden. Es ist dies einerseits die Stiftung für Konsumentenschutz, deren Präsident ebenfalls Präsident dieser Kommission ist, sowie der Schweizerische Konsumentenbund. Diesen Dachverbänden sind so unterschiedliche Organisationen angeschlossen wie die Angestelltenverbände, der Touring-Club, die Gewerkschaften und auch Grossverteiler. Stossend ist an dieser Formulierung, dass gerade diejenigen Konsumentenorganisationen, die sich als Basisorganisationen für den Konsumentenschutz einsetzen, nämlich die Konsumentinnenforen der deutschen Schweiz, der welschen Schweiz und des Tessins, sich nicht am zu verteilenden Kuchen beteiligen könnten, weil sie sich nicht gesamtschweizerisch zusammengeschlossen haben. Niemand wird behaupten wollen, dass die Arbeit, die von diesen drei Basisorganisationen für die Konsumenten geleistet wird, nicht unterstützt

Die Tests werden unter den drei Organisationen jeweils abgesprochen, thematisch wie terminlich. Das präsentierte Resultat wird jeweils von einer einzigen Organisation getragen, aber es ist für das ganze Land von Bedeutung. Obwohl also diese Organisationen nicht gesamtschweizerisch unter einem Dach tätig sind, beschlagen sie doch mit ihrer Tätigkeit den ganzen schweizerischen Markt. Darauf sollte es im Interesse der Konsumenten eigentlich ankommen.

Wenn Sie dem Vorschlag von Bundesrat und Kommission zustimmen, ist zu befürchten, dass diese Vielfältigkeit im Konsumentenschutz einem völlig neuen Druck ausgesetzt wird. Weil die Finanzen nur an bestimmte Organisationen verteilt werden sollen, müssten sich die gewachsenen Strukturen, die gewachsenen Verbände einer Umstrukturierung unterziehen. Sie müssten sich quasi zwangsweise unter ein zentralistisches Gebilde stellen, was immer auch vermehrten bürokratischen Aufwand bedeutet. Ich bin der Meinung, dass die Bundesgelder primär der Sache und nicht einem Verbandsapparat zur Verfügung stehen sollten.

Ich bitte Sie deshalb, meinem Antrag zuzustimmen, weil er nicht lenkend im Sinne von Verbandstrukturpolitik wirkt, sondern lenkend in bezug auf das, was diese Verbände an Untersuchungen, an Aufklärungs- und Informationsarbeit leisten. Das ist das Hauptziel dieser Vorlage, nicht Zwangskartelle auf Seiten der Konsumentenorganisationen.

Es ist übrigens nicht zu befürchten, dass dadurch plötzlich unkoordiniert eine Vielzahl von Organisationen ans Werk geht. Ich möchte Sie auf Artikel 6 Absatz 2 aufmerksam machen, wo ganz klar gesagt wird, dass die zuständige Bundesstelle für die Koordination der Testtätigkeit der um Finanzhilfe nachsuchenden Organisationen verantwortlich ist. Auch hier haben Sie also ein Instrument, das dazu beiträgt, dass die Kräfte schlussendlich nicht verzettelt werden, sondern gebündelt, voll und ganz, den Konsumentinnen und Konsumenten zur Verfügung stehen.

Ob die Kann-Formel oder die Formel des Bundesrates – also die direkte Formel – gewählt wird, ist ein sekundäres Problem. Mein Hauptanliegen ist, dass der Inhalt zählt und nicht das Gefäss, in welchem dieser Inhalt präsentiert wird. Ich kann mich auch anschliessen, wenn mein Antrag unter die Kann-Formel gestellt wird, solange das, was ich präsentiert habe, in Sinn und Gehalt erhalten bleibt.

Frau Leutenegger Oberholzer: Ich ersuche Sie, die Gewährung von Finanzhilfen an die Konsumentenorganisationen durch den Bund als klare Verpflichtung im Gesetz zu verankern, wie dies seinerzeit auch der Bundesrat vorgeschlagen hatte.

Die blosse Kann-Formulierung, wie sie der Ständerat und die Kommission nun vorschlagen, ist aus verschiedenen Gründen abzulehnen. Zum einen steht die Kann-Formel im Widerspruch zu Artikel 1 Buchstabe b des Gesetzes, in dem ganz klar festgehalten wird, dass den Konsumentenorganisationen Finanzhilfen ausgerichtet werden sollen. Dies ist einer der Zwecke dieses Gesetzes.

Zum zweiten müsste die Abschwächung in eine Kann-Formel als klares Misstrauensvotum gegen die Konsumentenorganisationen verstanden werden. Dies ist um so unverständlicher, als ganz klar festgehalten und eingegrenzt ist, unter welchen Voraussetzungen diese Finanzhilfe gewährt werden soll.

Die Organisationen der Konsumentinnen und Konsumenten erfüllen in der Marktwirtschaft eine wichtige Funktion, die durchaus von der öffentlichen Hand mit Finanzhilfen honoriert werden soll. Zudem übernehmen sie mit dem Aushandeln der Waren- und der Dienstleistungsdeklaration eine wichtige Aufgabe für den Staat.

Die Kann-Formulierung ist auch aus realpolitischen Gründen nicht zu verstehen. Seit 1970 erhalten die Konsumentenorganisationen Bundessubventionen. Zuerst waren es 100 000 Franken, die auch ohne jede Gesetzesgrundlage ausgerichtet worden sind. Inzwischen haben wir den Konsumentenartikel in der Bundesverfassung verankert und damit einen ganz klaren Verfassungsauftrag, denn im seinerzeitigen Abstimmung

ständig auch um die Subventionierung der Konsumentenorganisationen gehen soll.

Besonders merkwürdig nimmt sich die Kann-Formulierung in Absatz 1 von Artikel 5 zusammen mit der sehr weiten Formulierung von Absatz 2 aus, mit dem nun plötzlich alle möglichen Organisationen subventioniert werden sollen.

Es ist doch wichtig, dass wir – vor allem angesichts der beschränkten Mittel, die zur Verfügung stehen – klare Prioritäten festlegen; die müssen dahingehen, dass der Bund verpflichtet wird, diese Subventionen vorerst an die eigentlichen Konsumentenorganisationen auszurichten.

Ich ersuche Sie deshalb mit meinem Antrag, die zwingende Formulierung, wie sie seinerzeit auch der Bundesrat vorgeschlagen hatte, wiederaufzunehmen. Etwas anderes würde von den Konsumentenorganisationen nicht verstanden. Es würde auch ganz klar den Intentionen dieses Gesetzes widersprechen. Zudem sind die Konsumentenorganisationen, wenn sie ihre wichtige Funktion im marktwirtschaftlichen Prozess wahrnehmen sollen, darauf angewiesen. Dies müssen wir jetzt endlich mit diesem Gesetz auch anerkennen.

Mme Jeanprêtre: Mon intervention a pour but de porter à 75 pour cent et non pas à 50 pour cent le montant des contributions que le Conseil fédéral veut attribuer aux organisations de consommateurs pour leurs frais. En effet, depuis 1950 et sur la base d'un arrêté du Conseil fédéral et non d'une loi, les organisations de consommateurs reçoivent un tel subside. Pourquoi dès lors ce chiffre de 50 pour cent et non pas de 75 pour cent, maintenant que nous fixons une base légale? Vraisemblablement, le Conseil fédéral a tiré un parallèle avec le projet de loi sur les subventions fédérales. Je vous cite un passage du message: «Le projet du Département fédéral des finances prévoyait que l'aide financière ne devait pas dépasser, subventions cantonales comprises, 50 pour cent des dépenses déterminantes. Cette limitation du montant a suscité de très nombreuses critiques lors de la procédure de consultation. Nous l'avons – dit le Département des finances – abandonnée car elle était effectivement par trop schématique.»

Faut-il rappeler que les organisations de consommateurs sont à but non lucratif; que leurs activités sont d'une utilité publique de la plus haute importance? A ce titre, elles ne doivent pas seulement disposer des compétences et des obligations que l'on veut bien leur fixer légalement, mais elles doivent aussi obtenir les moyens (financiers) d'exercer ces compétences. A propos des aspects financiers, je voudrais signaler que dans quelques pays qui nous entourent – pour citer les plus proches, la France ou l'Allemagne – il existe des instituts nationaux en matière de consommation, pour lesquels l'Etat investit chaque année des millions afin d'effectuer des tests, par exemple. A ce propos, il est bon de dire que ceux-ci représentent l'essentiel des activités des organismes de consommateurs. Le message dit, en page 11: «De toute évidence, il n'appartient pas à l'Etat d'effectuer des tests. Bien au contraire, ceux-ci doivent être exécutés sous la responsabilité des organisations de consommateurs. Toutefois, il est d'intérêt public que ces tests soient effectués de façon irréprochable.»

Ces tests coûtent cher. Une information incontestable doit se baser sur des recherches sérieuses, pratiquées dans des laboratoires fiables et entreprises par des chercheurs qualifiés. De plus, les appareils testés – je pense par exemple aux ordinateurs – sont fort coûteux et doivent être achetés afin d'assurer toute l'indépendance voulue. Actuellement, dix tests en moyenne sont entrepris par année, alors que, pour répondre à la demande des consommateurs, il faudrait en effectuer trois fois plus.

Si les subventions devaient tomber à 50 pour cent, la différence incomberait aux organisations de consommateurs qui seraient priées de limiter la quantité des tests ou de les porter sur des biens de moindre valeur. De tels choix ne devraient pas, dans l'intérêt du consommateur, être restreints par des critères d'ordre financier.

Il y a donc exactement vingt ans que les organismes de consommateurs bénéficient de cette participation de 75 pour cent. On peut presque parler d'un droit acquis. Nous comorenons

économie, vraisemblablement, mais en consommateurs avertis, nous refusons que ce soit aux dépens des organismes de consommateurs, et en parlementaires vigilants – ou plutôt attentifs et lucides – nous demandons au Conseil fédéral de reconnaître que ce chiffre de 50 pour cent n'est plus d'actualité. Dès lors, je vous engage à suivre ma proposition et de porter cette contribution à 75 pour cent.

Mme Gardiol: Le premier alinéa de l'article 5 a inspiré plusieurs propositions. Je vais clarifier mes propos, tout d'abord, sur l'intervention de Mme Leutenegger Oberholzer qui demande que l'on inscrive une forme contraignante aux contributions de la Confédération. Mme Nabholz formule d'ailleurs le même souhait. Par conséquent, le texte serait le suivant: «la Confédération accorde» en lieu et place de «peut accorder», selon la version de votre commission et du Conseil des Etats. Cette forme contraignante est une conséquence claire du mandat constitutionnel qui oblige à prendre des mesures. On ne peut pas, au moment de donner une certaine force à ces mesures par le biais d'un soutien financier, l'affaiblir par la forme potestative.

Je soutiens donc la proposition de Mme Nabholz en la matière et vous invite à accepter aussi celle de Mme Leutenegger Oberholzer. Il est en effet juste que la manne fédérale soit accordée en priorité aux associations de consommateurs, qui se consacrent exclusivement à la protection de ceux-ci.

Mme Nabholz a apporté une deuxième modification au texte de loi. Elle propose de répartir les subventions entre les associations dont l'activité est d'importance nationale. Je ne suis pas du tout sûr que l'on puisse distinguer une telle activité, mais cette idée est très séduisante au premier abord. Elle laisse entrevoir la possibilité que des subventions soient versées directement aux associations régionales dont les activités seraient d'importance nationale et qui, comme chacun le sait, font la plus grande partie du travail d'information. Elles sont en effet en contact constant avec les consommateurs et consommatrices. Néanmoins, dans de nombreux cas, il sera difficile de prouver la portée nationale des activités d'information fournies par les associations régionales, car ces associations ont une portée nationale lorsqu'on additionne leurs activités dans les trois régions linguistiques.

C'est pourquoi, au nom des minorités linguistiques, je vous demande de rejeter la proposition Nabholz. Je pense en effet préférable que l'on considère les activités des consommateurs comme nationales en additionnant les activités de toutes nos régions. Il faudra les coordonner, en vue de l'octroi des subventions, mais je vous demande de laisser aux associations de consommateurs le soin de s'occuper de cette tâche et de répartir les subventions. Il faudra également trouver une nouvelle clé de répartition en tenant compte du travail effectif de chaque association et de son audience. Cette solution me semble être la meilleure afin que chaque association garde sa spécificité et continue à s'adresser en priorité aux consommateurs de sa région linguistique, répondant à leurs besoins et à leurs questions sans trop se préoccuper de la portée nationale de ses intentions et de ses travaux.

L'exigence du Conseil fédéral qui accordera des subventions à notre association faitière nous oblige à coordonner nos activités, à nous mettre d'accord entre nous sur les thèmes à traiter, ce que nous faisons d'ailleurs déjà. Si un accord ne peut être obtenu, l'article 6 prévoit de laisser à l'Office fédéral compétent le soin d'assurer cette coordination. Mais, je le répète, je préfère que les associations de consommateurs et consommatrices en aient la charge.

En conclusion, je vous invite à accepter la proposition Leutenegger Oberholzer, à rejeter celle de Mme Nabholz. De plus, je soutiens la suggestion de Mme Jeanprêtre concernant le 75 pour cent de la portion subventionnable des activités du consommateur.

Hänggi: Nachdem ich beim Eintreten keine Möglichkeit zu sprechen hatte, möchte ich hier die Gelegenheit benützen, um einige Bemerkungen grundsätzlicher Art, aber insbesondere zu den Warentests, anzubringen. Der guten Ordnung halber

schäftsleitung einer Firma, die Konsumgüter herstellt. Ich bin aber auch, wie Sie alle, Konsument. Aus der Sicht von beiden Interessen schätze ich die Konsumenteninformation und unterstütze deshalb diese Tätigkeit; ich bin in der grossen Linie mit diesem Gesetzentwurf einverstanden. Trotzdem einige Bemerkungen dazu:

Im Konsumentenschutz haben die Warentests, wie sie jetzt in den Artikeln 5 bis 7 umschrieben sind, einen ganz zentralen Stellenwert. Solche Tests und Vergleiche können dem Konsumenten Sicherheit über den Wert seiner Ware verschaffen. Sie können den Missbrauch von Werbeaussagen behindern. Sie können aber auch ein Produkt hochjubeln und ebenso ein Produkt zum Tode verurteilen.

Gerade weil solche Tests – insbesondere Vergleichstests – eine so grosse Wirkung erzielen können, müssen sie immer mit der entsprechenden Seriosität, Objektivität und Fairness erarbeitet werden.

Dies war in der Vergangenheit nicht immer so. Beispiele könnten mit Leichtigkeit aufgeführt werden. Wiederholt wurden Tests veröffentlicht, welche unsorgfältig und wenig wissenschaftlich erarbeitet wurden. Deshalb mache ich zu den Artikeln 5 bis 7 folgende Anregungen zuhanden des Subventionsgebers:

1. Die Beiträge sollen allen im Bereich der objektiven Konsumenteninformation tätigen Institutionen zukommen, also zum Beispiel auch dem Schweizerischen Institut für Hauswirtschaft.

2. Mit der Subventionierung übernimmt der Bund auch eine gewisse Mitverantwortung für die Objektivität der Konsumenteninformation. Dabei ist die Aufstellung von allgemeingültigen Testregeln geboten. Dies kann im einzelnen auf dem Verordnungswege geschehen.

3. Die zuständige Bundesbehörde soll die Tests und die übige Informationstätigkeit auf ihre Übereinstimmung mit diesem Gesetz regelmässig überprüfen.

Aus diesen drei Vorbehalten ergibt sich eigentlich logischerweise die Forderung nach einer gemeinsamen Warentest-Institution Schweiz. Eine solche zentrale Testorganisation wäre eine entscheidende Verbesserung im Testwesen der Schweiz. Darin könnten neben den Konsumentenorganisationen auch die Anbieter, die Wissenschaft und die Subventionsbehörden beteiligt werden. Dank der damit verbundenen Konzentration der Kräfte liessen sich nicht nur die vorhandenen Mittel effizienter einsetzen, ganz im Sinne, wie es Frau Jeanprêtre gefordert hat, sondern es käme zu einer Partnerschaft zwischen den Konsumentenorganisationen und der Wirtschaft, welche letztlich im Interesse der Verbraucher und der Anbieter liegt. Ausländische Beispiele wie die Stiftung Warentest in Berlin haben die Funktionsfähigkeit solcher Testinstitutionen längst unter Beweis gestellt. Die Wirtschaft scheint an der Mitwirkung bei einem solchen Vorhaben interessiert zu sein. Als Rechtsform für eine zentrale Testorganisation käme am ehesten die Form einer Stiftung in Frage.

Ich bitte deshalb den Bundesrat, zu diesen Fragen, insbesondere zu einer zentralen Testorganisation, Stellung zu nehmen.

Grassi: Ich habe bereits auf die Präferenz der Kann-Formel hingewiesen. Ich beantrage Ihnen, den Antrag Leutenegger Oberholzer abzulehnen und damit dem Willen des Rates zur Beibehaltung der Kann-Formel Ausdruck zu geben.

Im Zusammenhang mit dem Antrag Nabholz scheint mir jedoch wichtig, dass etwas über die «gesamtschweizerische Bedeutung» der Konsumentenorganisationen für die Gesetzesmaterialien gesagt wird. Eine gesamtschweizerische Konsumentenorganisation besteht im Moment nicht. Vier Konsumentenorganisationen im eigentlichen Sinn sind in der Schweiz tätig. Sie arbeiten vorwiegend im jeweiligen Sprachgebiet, so das Konsumentinnenforum der deutschen Schweiz, die Fédération romande des consommatrices und die Associazione delle consumatrici della Svizzera italiana.

Die Arbeit dieser Organisationen kommt nicht nur den Einwohnern der entsprechenden Regionen zugute, sondern allen, die sich in der betreffenden Sprache informieren wollen. Es wäre sicher nicht richtig und würde dem Geist der Verfas-

diese Organisationen von der Finanzhilfe für die von ihnen vermittelte Konsumenteninformation ausgeschlossen würden. Wenn andererseits bei der Durchführung von Tests eine gewisse Koordination und Abstimmung erwünscht ist, so heisst das noch nicht, dass nur eine einheitliche, in sich geschlossene Gesamtorganisation in den Genuss der für Tests vorgesehenen Finanzhilfen des Bundes kommen soll. Es sollte deshalb klar zum Ausdruck gebracht werden, dass «gesamtschweizerische Bedeutung» nicht streng territorial gemeint ist, sondern im Sinne einer «bedeutungsvollen Tätigkeit im allgemeinen Interesse» interpretiert werden muss.

Wir erwarten vom Bundesrat eine entsprechende Präzisierung, ansonsten der Antrag Nabholz unterstützt werden kann. Der Antrag Jeanprêtre auf Erhöhung der Bundesfinanzhilfe auf 75 Prozent ist abzulehnen. Die Proportionen müssen gewahrt bleiben. Es ist nicht richtig, dass man jedesmal in diesem Rat die Anträge des Bundesrates in grosszügiger Weise erhöht. Die Eigenleistungen der Organisationen sind wichtig; sie müssen bei mindestens 50 Prozent bleiben. Sie können zum Teil durch die Konsumenten selbst aufgebracht werden.

Frau Dormann: Ich möchte mich kurz zum Antrag von Frau Nabholz äussern, was die Erklärung des Begriffes «gesamtschweizerische Bedeutung» betrifft. Ich tue dies in der Eigenschaft als delegiertes CVP-Frauenmitglied im Vorstand des Konsumentinnenforums der deutschen Schweiz.

Eine gesamtschweizerische Konsumentenorganisation existiert nicht. Es gibt aber vier Konsumentenorganisationen, die alle von gesamtschweizerischer Bedeutung sind, weil ihre Arbeit allen Schweizerinnen und Schweizern zugute kommt, auch wenn sie ihren Beitrag vorwiegend in der jeweiligen Sprachregion leisten und primär in der jeweiligen Landessprache publizieren. Es sind dies die parteipolitisch unabhängigen, neutralen und wirtschaftlich unabhängigen Konsumentinnenorganisationen: Konsumentinnenforum der deutschen Schweiz, die Fédération romande des consommatrices und die Associazione delle consumatrici della Svizzera italiana sowie die Stiftung für Konsumentenschutz.

Durch die Konsumentenorganisationen in allen drei Sprachregionen der Schweiz werden die Bedürfnisse der sprachlichen Minderheiten wahrgenommen. Auch die Tests erfolgen in den entsprechenden Sprachen und können somit von jedermann gelesen werden. Solche Institutionen haben eine Tätigkeit, die von gesamtschweizerischer Bedeutung ist. Ich würde die Gedanken von Herrn Hänggi, der eine einzige Stiftung für die ganze Schweiz anstrebt, niemals unterstützen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag von Frau Nabholz zu unterstützen.

Wanner: Ich möchte Sie ebenfalls bitten, den Antrag von Frau Nabholz zu unterstützen. Schaffen Sie mit einer anderen Formulierung keine monopolistischen Strukturen, sehen Sie den Inhalt und nicht primär das Gefäss an! Sie schaffen damit zudem keine Differenz zum Ständerat, wenn Sie, was ich Ihnen empfehlen möchte, die Kann-Formulierung wählen. Zusätzlich sorgen Sie dafür, dass dieses Gesetz, weil keine unnötigen Differenzen zum Ständerat entstehen, möglichst rasch in Kraft treten kann.

Dazu kommt noch etwas anderes: Im Subventionsgesetz hat man weitgehend an der Linie der Kann-Formulierung festgehalten, und ich vermag nicht einzusehen, wieso nun bei dieser Gelegenheit diese Linie verlassen wird.

Ich möchte Sie bitten, der Kann-Formulierung des Antrags Nabholz zuzustimmen.

Frau Stamm: Ich unterstütze die drei Anträge Nabholz, Leutenegger Oberholzer und Jeanprêtre, allerdings mit unterschiedlicher Intensität.

Ich meine, dass es eine Verpflichtung des Bundes ist, jene Organisationen zu unterstützen, welche die in Verfassung und Gesetz vorgeschriebenen Test- und Informationsaufgaben wahrnehmen. Insofern meine ich, dass der Antrag Leutenegger Oberholzer und der entsprechende Punkt im Antrag Nabholz, welcher die Verpflichtung des Bundes festhält, der bes-

Ich unterstütze auch den Antrag Jeanprêtre, welcher vorschlägt, dass die Subventionen auf 75 Prozent erhöht werden sollen. Es scheint, dass der Bundesrat mit seinen 50 Prozent dem seinerzeitigen Vorschlag auf 50 Prozent im Subventionsgesetz folgte, der aber nach Abschluss des Vernehmlassungsverfahrens untergegangen ist. Ich sehe eigentlich keinen Grund, das bisherige Limit von 75 Prozent nun durch 50 Prozent zu ersetzen.

Das Allerwichtigste an diesen drei Anträgen ist die Formulierung von Frau Nabholz, welche ganz klar festlegt, dass wir nun nicht eine oktroyierte zentrale Test- und Informationsinstanz wollen, sondern auf den traditionell gewachsenen Strukturen aufbauen wollen. Dazu gehören eben nicht nur gesamtschweizerisch organisierte Institutionen, sondern auch die sprachregional organisierten Institutionen der Konsumentinnenorganisationen.

Wir wissen ja, dass die Koordination unter den sprachregionalen Konsumentinnenorganisationen im Rahmen des Testwesens gewährleistet ist. Diese Organisationen haben eine Tradition seit 1976. Das hat sich bestens eingespielt und bewährt. Die Absprache sämtlicher testenden Organisationen in der Schweiz ist ebenfalls institutionalisiert, ebenso die Absprache zwischen der Schweiz und den übrigen europäischen Konsumenten- und Testorganisationen. Wir müssen also hier nicht eine zentralistisch organisierte Institution schaffen, sondern wir müssen mit der Formulierung von Frau Nabholz gewährleisten, dass der Inhalt der Tätigkeit der Organisationen das Wichtige ist und nicht die Form.

Ich bitte Sie also, alle drei Anträge zu unterstützen. Ich bitte Sie aber sehr vehement, auf jeden Fall den Antrag Nabholz im zweiten Teil zu unterstützen.

Neukomm, Berichterstatter: Als Kommissionspräsident habe ich mich an die Vorschläge der vorberatenden Kommission zu halten. Ich bitte Sie also, diesen zuzustimmen.

Ich möchte aber doch – weil wir die Anträge in der Kommission nicht beraten konnten – in einzelnen Punkten meine persönliche Meinung dazu anbringen.

Zum Antrag Leutenegger Oberholzer und zum Antrag Nabholz erster Teil: Der Bund «gewährt» Konsumentenorganisationen von gesamtschweizerischer Bedeutung Finanzhilfe, im Gegensatz zur Kann-Formel. Ich habe Verständnis für diese Anträge, weil der Verfassungsauftrag klare Vorgaben gibt. Auf der anderen Seite ist bereits in der Diskussion darauf hingewiesen worden, dass im Subventionsgesetz auch überall die Kann-Formulierungen aufgenommen worden sind. Wesentlich ist ja schliesslich, dass dann tatsächlich etwas passiert, dass die Finanzhilfe beansprucht wird, dass der Bundesrat den Auftrag der Verfassung ernst nimmt. Für diese zwingende Formulierung habe ich volles Verständnis, weil er dem Verfassungsauftrag am ehesten entspricht. Deshalb hat der Bundesrat auch diese Formulierung vorgesehen.

Zum zweiten Antrag Nabholz: Frau Nabholz will auch regionale, lokale Organisationen erfassen. Da muss sich dann vor allem der Departementsvorsteher äussern, denn wir haben natürlich seit einigen Jahren auch die Aufgabenteilung Bund/Kantone. Wir haben in diesem Rat auch darüber sehr lange gesprochen und sind damals zur Auffassung gelangt, dass mit dieser neuen Aufgabenteilung gesamtschweizerische Organisationen berücksichtigt werden sollten.

Der Antrag Nabholz hat etwas für sich, das ist klar, wenn man von der Form und vom Inhalt spricht. Auf der anderen Seite wäre es ein Präjudiz. Da müssten natürlich verschiedene regionale und lokale Organisationen, die auch noch aufgebaut werden könnten, berücksichtigt werden. Bis jetzt war es auf jeden Fall eindeutig so, dass der Bund einen Partner möchte, und zwar einen gesamtschweizerischen Partner. Deshalb auch die Subventionsbedingungen schon 1970. Da haben sich die beiden gesamtschweizerischen Organisationen, Konsumentenbund und Stiftung für Konsumentenschutz, zusammengetan, d. h. sie mussten sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschliessen, und der Bund hat die beschiedene Finanzhilfe bis jetzt dieser Arbeitsgemeinschaft gewährt.

nisation gegenüber dem Bund für die Einhaltung der Subventionsbedingungen verantwortlich wäre.

Wir werden dann noch Herrn Bundesrat Delamuraz hören. Ich überlasse dem Rat den Entscheid, bitte Sie aber nochmals, dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Zum Antrag Jeanprêtre: Dort spielt natürlich das Subventionsgesetz direkt hinein. Nachdem dieses im Differenzbereinigungsverfahren ist – es wurde soeben im Ständerat durchberaten, jetzt kommt es wieder in den Nationalrat –, wäre es tatsächlich sinnvoll, wenn wir heute keine bestimmte Prozentzahl festlegen würden, sondern dies dann auf dem Wege des Subventionsgesetzes regeln und es dem Bundesrat überlassen würden, wieviel er den Konsumentenorganisationen effektiv gewähren will, analog zum Subventionsgesetz.

M. Pidoux, rapporteur: Au sujet des différentes propositions qui nous sont présentées, l'une concerne la forme potestative, c'est-à-dire de savoir si la Confédération doit ou peut accorder des subventions. En tant que rapporteur, je défendrai la solution, adoptée par la commission, d'en rester au texte du Conseil des Etats.

Bien que la forme potestative présente l'inconvénient – comme l'a rappelé M. Neukomm – de s'éloigner du texte constitutionnel, elle a l'avantage de régler la deuxième question – soumise par plusieurs propositions – du cercle des bénéficiaires. Y a-t-il lieu de n'allouer des subventions qu'à quelques organisations faitières – idée de Mme Gardiol – ou doit-on étendre le cercle des bénéficiaires – avis de Mme Nabholz?

Au sujet de la répartition des tâches, il existe un principe selon lequel la Confédération subventionne les organisations qui déploient une activité nationale et non celles qui ont des activités régionales, même si elles accomplissent un travail tout aussi valable. Ces subventions sont réparties entre elles dans le cadre des organisations faitières.

La proposition de Mme Jeanprêtre d'augmenter le pourcentage des frais pris en compte doit être envisagée sous l'angle suivant: s'il n'appartient pas à l'Etat de faire des tests – ce qui figure expressément dans le message – le subventionnement est la seule méthode pour réglementer ces tests. En effet, la subvention permet à l'Etat de fixer certains principes pour la réalisation des tests et la publication de leurs résultats. Certes, on est toujours libre d'effectuer des tests non subventionnés, mais on en connaît les difficultés.

Il est peut-être bon que les organisations de consommateurs s'engagent aussi économiquement. Il est précisé à la page 24 du message que «le soutien financier, conformément au principe appliqué actuellement pour l'octroi de subventions, est accordé à la condition que le bénéficiaire fournisse lui-même au moins la moitié du financement». Cela expliquait l'indépendance de l'organisation qui n'est pas totalement payée par l'Etat.

De toute façon, nous examinerons à nouveau cet objet dans le cadre de la loi sur les subventions, actuellement à l'étude auprès du Conseil des Etats. Sur ce point donc, la commission n'a pas pris position et je vous suggère d'en rester au texte que nous vous avons soumis.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: La première partie de la proposition Nabholz contient l'idée d'en venir à la formule impérative quant à l'octroi de subventions par la Confédération. Mme Leutenegger Oberholzer va dans le même sens. Le Conseil fédéral, quant à lui, serait heureux de pouvoir garder le texte original et suivre par conséquent Mme Leutenegger Oberholzer sur ce premier point.

Puis Mme Nabholz aborde une question centrale, celle de la définition des organisations à subventionner, et là je vous invite à ne pas la suivre. En effet, le principe de ne subventionner que des organisations d'importance nationale est nécessaire. Il découle du principe plus général encore de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons. Seule une organisation d'importance nationale peut garantir une coordination entre les régions ainsi que l'emploi économique de la manne fédérale que nous aurions accordée à ces organisations. Les institutions sœurs de la Suisse romande et du Tes-

comme celle qui existe toujours, mais à laquelle les organisations de consommatrices de Suisse alémanique veulent tourner le dos. Elles ont bien compris la valeur d'une telle organisation qui leur sert de point de liaison, à l'égard de la Confédération, d'autres organisations et du monde politique en général.

Si l'on se mettait à subventionner une organisation régionale, on ne heurterait pas seulement le principe de la répartition des tâches mais, en l'occurrence, on discriminerait de manière intolérable d'autres régions, dans le cas actuel la Suisse romande et le Tessin. La Confédération, en vertu de la paix entre les régions linguistiques, a donc tout intérêt à ce que la Fédération suisse des consommateurs poursuive sa fonction d'organisation faitière à l'échelon suisse. Cela correspond à une nécessité de mission, et ne saurait désavantager la Suisse latine par une sécession unilatérale de la région alémanique. Il faut être conscient que la transformation du Forum des consommatrices de Suisse alémanique en une organisation d'importance nationale mettrait fin à la collaboration entre la Suisse latine et la Suisse alémanique et, à cause du nombre simplement, privilégierait de façon insupportable l'organisation alémanique qui a fait sécession. Il faut maintenir cette exigence de l'organisation faitière.

Enfin, Mme Jeanprêtre a présenté une proposition selon laquelle il faudrait fixer la limite du financement à 75 pour cent et non à 50 pour cent comme proposé. Je donne raison à Mme Jeanprêtre, à savoir que l'idée du 50 pour cent était née de l'élaboration alors en cours d'une loi fédérale sur les subventions qui avait prévu une limite générale à 50 pour cent. Cette limite n'a pas survécu et, pour cette raison, Mme Jeanprêtre voudrait que l'on n'ancrât pas 50 pour cent dans la loi actuelle, mais 75 pour cent, ce qui correspond d'ailleurs au principe théorique du subventionnement maximum appliqué aujourd'hui.

Au total, cela n'a pas tellement d'importance dans la réalité. Même si maintenant on a effectivement limité à 75 pour cent le subventionnement maximum, en réalité, à cause des budgets que vous votez au Parlement et qui sont limités sur ce poste, c'est moins de 40 pour cent que la Confédération subventionne actuellement en faveur de ces tests.

Par conséquent, comme je n'ai pas l'impression que le Parlement va changer du tout au tout ses pratiques financières et qu'il va, dans les prochains budgets, libérer des sommes beaucoup plus élevées que celles qu'il a octroyées à ces fonctions jusqu'à maintenant, on sera de toute façon en-dessous de 50 pour cent et, par conséquent, l'élévation que vous proposez à 75 pour cent n'aura certainement qu'une valeur théorique et n'entraînera pas d'effets pratiques quant aux finances de ces organisations. Je laisse le Parlement se déterminer sur ce point.

Je répond aux trois questions de M. Hänggi qui demande, premièrement, une contribution à toutes les organisations. Il n'est pas question de contribuer à toutes les organisations, la COOP, la Migros etc. En revanche, il est certainement possible d'étendre et de comprendre parmi les bénéficiaires cet Institut de recherche ménagère auquel vous avez fait allusion.

Ensuite, je considère que la Confédération porte la responsabilité d'employer économiquement les subventions ainsi que de faire respecter les conditions fixées à l'article 6 que nous allons aborder. Enfin, une seule organisation de tests: la Confédération ne saurait aller si loin en matière de structures. Mais on a certainement intérêt à ce que le travail des organisations de consommateurs soit coordonné et c'est en ce sens que je réponds à votre dernière question et que je peux confirmer ce que j'ai dit du danger que représente la proposition Nabholz, car elle mettrait un terme à cette possibilité de coordination indispensable à l'échelon national.

Le président: Nous passons au vote. Nous procéderons en trois temps: D'abord, nous opposerons la proposition de Mme Nabholz à celle de la commission; ensuite, nous opposerons la proposition de Mme Jeanprêtre à celle de la commission; puis nous voterons sur l'alternative, formule potestative ou for-

*Abstimmung – Vote**Eventuell – A titre préliminaire*

Für den Antrag Nabholz	58 Stimmen
Für den Antrag der Kommission	54 Stimmen

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Kommission	71 Stimmen
Für den Antrag Jeanprêtre	46 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Kommission	
(«kann gewähren»)	69 Stimmen
Für den Antrag Leutenegger Oberholzer/Nabholz	
(«gewährt»)	57 Stimmen

Le président: La proposition de la minorité étant caduque après le vote sur l'article premier, vous avez donc adopté l'alinéa premier de l'article 5 selon la version de la majorité, mais compte tenu de la proposition Nabholz, toutefois dans la formule potestative.

Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 12.55 Uhr

La séance est levée à 12 h 55

Konsumenteninformation und Vertragsrecht. Bundesgesetze

Information des consommateurs et droit contractuel. Lois

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	86.030
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	21.03.1990 - 08:30
Date	
Data	
Seite	542-564
Page	
Pagina	
Ref. No	20 018 393